Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Montags nachm. Bezugspreis bei Haus monatl. 240 Mk., durch die Post 240 Mk. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 13 Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 50 Mk. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroß, Halle

Einzelpreis 10 Mark — **Montag, den 27. November 1922** — **2. Jahrgang. Nr. 277**

Die Vernichtung der Arbeitskraft

Erschütternder Bericht Dr. Klaubers auf dem Reichsbetriebsrätekongreß

Zu Beginn des dritten Verhandlungstages des Reichsbetriebsrätekongresses sprach der Arzt, Genosse Dr. Klauber, über die schweren Verheerungen, die das bankrotte kapitalistische System bereits unter der arbeitenden Bevölkerung angerichtet hat. Das von Dr. Klauber erläuterte Zahlen- und Tatsachenmaterial spricht eine gewaltige Sprache. Daß die kapitalistische Profitwirtschaft daran ist, die Gesundheit und Lebenskraft ganzer Völker zu vernichten, daß große Kreise der Aerzte die ganze Tragweite dieser Entwicklung erkannt haben und teilweise selbst nach Kontrollorganen, nach Selbsthilfe rufen, das bestärkte die Delegierten darin, mit aller Kraft, mit aller Energie den beschrittenen Weg weiter zu gehen. Genau so wie heute zahlreiche Aerzte dem ernsten Willen des ersten proletarischen Staates, Sowjet-Rußland, zur Festigung der Volksgesundheit volle Anerkennung zollen, wie sich immer mehr geistige Arbeiter in den Dienst Sowjet-Rußlands stellen wollen, genau so kann die Arbeiterklasse auf die Mithilfe weiter Kreise der proletarisierten geistigen Arbeiter rechnen, wenn sie mit eiserner Energie ihren Willen durchsetzt, den proletarischen Gesundheitsdienst sofort ausbaut und den Kampf um die Sozialisierung des Gesundheitswesens führt.

3. Verhandlungstag

Der dritte Verhandlungstag wurde vom Vorsitzenden, Gen. Grothe, eröffnet. Zunächst erhält Gen. Dr. Klauber das Wort. Er überbringt die Grüße der Aerzte des Proletariats Gesundheitsdienstes. Gen. Dr. Klauber referierte über die gesundheitliche Lage des Proletariats. Er führte ungefähr folgendes aus:

Ich möchte Ihnen zunächst zeigen, wie weit es mit der gesundheitlichen Verelendung der Arbeiterschaft des Geistes und der Handarbeiter vorgeschritten ist. Alle Hinweise auf den kommenden

Zusammenbruch des Gesundheitswesens,

die wir im Vorjahre bereits in der uns nahestehenden Presse veröffentlichten, die damals verlacht bzw. als Hetzblätter verschrien wurden, sie sind heute eingetroffen und liegen klar auf der Hand. Es ist eingetroffen, was Marx vor 70 Jahren gesagt hat, „daß infolge der Krisen des Kapitalismus der Arbeiter immer mehr zum Pauper, das heißt, zum Verarmten und Verelendeten, geworden ist."

Genosse Brandler hat gestern angeführt, wieviel ein Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt verdienen muß. Mir liegen die allerneuesten Zahlen vor. Es wird berechnet für die Woche vom 13. bis 20. November, daß allein die notwendigen Kalorienmengen, die eine vierköpfige Familie sich zu beschaffen hat, eine Summe von 23 835,45 Mk. erfordert. Nun soll man uns doch einmal zeigen und beweisen, wo ein Arbeiter soviel verdient. Selbst die bestbezahlte Arbeiterkategorie kann doch nur ein Drittel oder ein Viertel dieser notwendigen Kalorien beschaffen. Geradezu erschreckend wirkt die Statistik, die über die

Kinderkrankheiten

von Schulärzten und Aerztekammern in den letzten Wochen aufgestellt wurden. In Magdeburg sind von 19 000 untersuchten Kindern 2400 nicht gesund. Oberbürgermeister Böß-Berlin stellte fest, daß 80 Prozent der Berliner Schulkinder unterernährt und 80 Prozent tuberkulös sind. Nach Angabe des „Berliner Tageblatts" sind in einem Stadtviertel Berlins 90 Prozent der Kinder in den Schulen erkrankt. In Karlsruhe und Dortmund (Baden) sind durchschnittlich 50 Prozent der Kinder tuberkulös.

Gerade so erschreckend wirken die Statistiken in bezug auf das

Bekleidungs- und Wohnungselend.

In Glatz ist zum Beispiel festgestellt worden, daß 842 Kinder kein Hemd, 129 ein Hemd und 466 äußerst schlechte Kleidung haben. In Sonneberg sind von 1343 Kindern 398 ohne Schuhe und 530 haben mangelhafte Kleidung.

Auf der Tagung der Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege in Frankfurt a. M. wurde festgestellt, daß in Berlin 1139 Familien in Kellerwohnungen hausen, 22 800 jedoch in Räumen, die noch kleiner sind als Gefängniszellen. Ferner wurde dort festgestellt, daß in Deutschland 1 Million Wohnungen fehlen, jede siebente Familie in Berlin ist also ohne Wohnung.

Professor Lenoff gab auf einer Tagung der Aerzte bekannt, daß im Jahre 1918 8,7 Prozent der Kranken ihre Lagerstätte mit einem anderen teilen, 1920 13,5 Prozent, und wenn es so weiter geht, werden es im Jahre 1922 27 Prozent sein. Besonders eine große Ausdehnung nahmen in der letzten Zeit die Erkrankungen an Skorbut. Die Aerztekammer Sachsens stellte in einem Aufruf fest:

„Auch die Tuberkulose nimmt erschreckend zu, jetzt, nahezu vier Jahre nach Kriegsende, geht noch grausiger als damals (während des Krieges) das klappernde Gespenst des Hungertodes in den Städten um und fordert namentlich in der Kinderwelt, aber auch von den Erwachsenen zahllose Opfer."

In dem Aufruf (wir haben ihn in Nr. 234 unserer Zeitung vollinhaltlich abgedruckt, Die Red.) sprechen selbst die Aerzte der Provinz Sachsen aus, daß sie keine Hoffnung haben, daß das Parlament oder die Regierungsbehörden irgendetwas unternehmen können, um dem Elend der Proletarier und ihrer Kinder Einhalt zu gebieten. Klar und deutlich fordern die Aerzte Sachsens das Proletariat auf, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Sie verlangen, daß

die Kontrolle des Gesundheitswesens durch Arbeiterorgane selbst durchgeführt werden müsse. Will der sozialdemokratische Innenminister Severing, der gestern im Landtag erklärte, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf gegen die Selbsthilfe des Proletariats führen würde, auch gegen die Aerztekammer der Provinz Sachsen mit Gewalt vorgehen?

Die Aerzte selbst erkennen immer mehr, daß auch sie nur Proletarier sind. Ein großer Teil von ihnen, der noch vor zwei Jahren mit der Waffe in der Hand gegen die Arbeiter kämpfte, hat erkannt, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit unausbleiblich und notwendig ist. Es ist deshalb die Aufgabe der Betriebsräte, dahin zu wirken, daß die große Masse der Aerzte neutralisiert werde. Darüber hinaus müssen wir aber eintreten, diese Schichten der Bevölkerung für den Kampf des Proletariats zu gewinnen. Die Arbeiterschaft Deutschlands ist nur in der Lage, das Elend zurückzudrängen, das Sterben ihrer Kinder zu verhindern durch den rücksichtslosen Klassenkampf. (Lebhafter Beifall.)

Folgender, von Genossen Dr. Klauber eingereichter Antrag fand einstimmige Annahme:

Für die Sozialisierung des Gesundheitswesens

In Anbetracht der jedes Maß überschreitenden körperlichen Verelendung der werktätigen Volkes und des aller Welt offenbaren völligen Zusammenbruchs des öffentlichen und privaten Gesundheitswesens fordert der Reichsbetriebsrätekongreß:

1. Sicherung der Volksernährung durch weitgehende Beschlagnahme der Lebensmittel unter Arbeiterkontrolle. Verbot der Vergärung und Verbrennung von Nahrungsmitteln zu Zwecken der Schnaps- und Alkoholbereitung.
2. Beschaffung der notwendigen Mittel zum planmäßigen Neuaufbau des gesamten Heilwesens durch rücksichtslose Sachwerterfassung.
3. Anschluß aller bestehenden proletarischen Gesundheitsorganisationen an den „Proletarischen Gesundheitsdienst" bzw. Neugründung von VGD.-Gruppen.
4. Durchführung aller gesundheitlichen Maßnahmen durch die Organe der werktätigen Bevölkerung, d. h. Sozialisierung des Gesundheitswesens.

Genosse Grothe gab hierauf ein Telegramm bekannt, daß auf der Zeche Schamrock in Herne eine Schlagwetterexplosion vorgekommen ist. Das Unglück hat zahlreiche Verwundete und Tote gefordert. (Die Anwesenden des Kongresses erheben sich zum Andenken an die Verunglückten von ihren Plätzen.) Die Betriebsräte von Rheinland-Westfalen reichten zu diesem Vorkommnis folgende Resolution ein, die vom Kongreß einstimmig angenommen wurde:

Für die proletarische Grubenkontrolle

„Der Reichskongreß der BR. nimmt Kenntnis von dem neuen Schlagwetterexplosionsunglück auf Zeche Schamrock in Herne. Der Reichskongreß sieht in diesem Unglück erneut, daß die Grubenkontrolle vollständig unzulänglich ist.

Der Kongreß verlangt eine wirksame Grubenkontrolle und das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte.

Die BR. Rheinland-Westfalens, Abteilung Bergbau."

(Der Schlußbericht vom Reichsbetriebsrätekongreß folgt in der nächsten Nummer.)

Das Ausland zum Betriebsrätekongreß

Unser tschechoslowakisches Bruderorgan, der „Vorwärts", von Reichenberg, schreibt:

„Das Proletariat der Tschechoslowakei, das erst soeben mit der Schaffung von Abwehrausschüssen begonnen hat, sieht voll Bewunderung und Erwartung auf die Verhandlungen in Berlin. Das Beispiel der deutschen Brüder, die nach vielen Enttäuschungen endlich den Weg der organisierten Selbsthilfe beschritten haben, muß und wird Nachahmung finden in der Tschechoslowakei und überall, wo Proletarier unter der vereinten Herrschaft der Kapitalisten und Sozialpatrioten schmachten!"

Die „Humanité", unser Pariser Bruderorgan, sagt im Zusammenhang mit der Konstituierung der Cuno-Regierung:

„Die ganze Kompromißpolitik, die von der Sozialdemokratie seit 1918 betrieben wurde, ist zu Boden geworfen durch jede Großbourgeoisie, die ihre Zeit für gekommen hält. Das deutsche Proletariat wird sehr bald klar sehen. Der Betriebsrätekongreß wird in den Ereignissen den entsprechenden Rahmen seiner Aktionen finden und die Stunde der Kommunistischen Partei hat geschlagen."

Stinnes' Hetze gegen die Markstabilisierung

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 26. November.

Mit erhöhtem Eifer setzt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Organ des Herrn Stinnes, den Kampf gegen die Markstabilisierung fort. Die Stabilisierung der Mark unter Hergabe des Goldes der Reichsbank in Höhe von 500 Millionen Mark sei ein gefährliches Experiment. Die Stabilisierung des Markkurses müsse schwere Krisen zur Folge haben.

Der Dollar heute vormittag 4700 Mark

Die ganz große Koalition

Nationale Einheitsfront von Levi bis Hergt

Die große „Vereinigte" markierte in den letzten Tagen rrradikale Opposition. Sie „kämpfte" gegen das Kabinett der deutschen Faszisten, indem sie Cuno und seine Ministerkollegen verdächtigte, sie seien in der Frage des neuen Reparationsprogramms nicht zuverlässig. Um den VSPD.-Arbeiter mit ihrem Radikalismus zu überweisen, eröffneten die „Vereinigten" Oberbonzen einen fürchterlichen Kampf gegen das neue Kabinett. Aber nicht aus prinzipiellen Grundsätzen, wurden die Breitscheid, Sollmann, Müller und Konsorten zu Ministerstürzern. Beileibe nicht. Sie arbeiteten nicht mit politischen Argumenten, sondern mit den Mitteln der politischen Intrige. Herr Breitscheid und der famose Herr Sollmann (Köln), just gerade der Sollmann, der zu den 48 in der Vereinigten" gehört, die die Große Koalition mit Stinnes um jeden Preis wollen, diese beiden „offenen Gemüter" griffen den neuen Landwirtschaftsminister Müller in scharfer Weise an. Sie bezeichneten ihn als einen Hochverräter, der ins Zuchthaus gehöre, aber nicht in die Reichsregierung. Und Herr Müller konnte den Angriff nicht parieren; er muß zugeben, daß er im Rheinland als Sonderbündler eine Rolle gespielt hat, die mit teutonischer Prinzipienfestigkeit nicht in Einklang zu bringen ist. Und Herr Cuno mußte die peinliche Angelegenheit durch den neuen Justizminister untersuchen lassen. Herr Müller konnte sich nicht halten, er mußte den Reichspräsidenten, den Herrn Fritz Ebert, der ihn zum Ernährungsminister berufen hatte, um seine Entlassung bitten.

Auf diesen Erfolg kann die Sozialdemokratie nicht stolz sein. Es ist geradezu beschämend, daß sie in dieser Situation, wo Prinzipien klar und scharf herausgestellt werden mußten, wo die Sozialdemokratie unzweideutig hätte erklären müssen, daß sie gegen den Faszismus die Bewaffnung des Proletariats verlange und durchsetzen werde, daß sie mit allen Mitteln den Kampf gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit aufnehme, daß sie die Sachwerterfassung, als Grundlage ihrer neuen Politik betrachte, statt dessen eine politische Intrige betreibt, um Personen zu stürzen, nicht die Politiker.

Die Führer der Vereinigten haben Radikalismus markiert, um die VSPD.-Arbeiter mit dem Sturze eines Ministers darüber hinwegzutäuschen, daß sie das System der Faszistenregierung Cuno unterstützen. Anstatt die Regierung Cuno grundsätzlich zu bekämpfen, die ganze Regierung zu stürzen und an ihre Stelle die Arbeiterregierung zu stellen, begnügen sie sich mit dem Sturze eines auch persönlich unmöglichen Ministers und stellten der Regierung eines ausgesprochen proletarierfeindlichen Programms ein Vertrauensvotum aus. Mit den gesamten bürgerlichen Parteien, einschließlich den Deutschnationalen, lehnten sie am Sonnabend den kommunistischen Mißtrauensantrag ab und stellten die nationale Einheitsfront von Levi bis Hergt her, indem sie mit sämtlichen bürgerlichen Parteien für den Vertrauensantrag der Petersen stimmten. Der Antrag Petersen hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag hat die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß sie die Note vom 13. November d. J. zur Grundlage ihrer Politik machen wird."

Für den kommunistischen Mißtrauensantrag stimmten außer den Kommunisten nur die Ledebourgruppe und der VSPD.-Mann Zubeil. Eine Gruppe der VSPD.-Fraktion hat sich durch Sitzenbleiben bei der Abstimmung über den Billigungsantrag der Demokraten der Stimme enthalten; eine andere Gruppe hat vor der Abstimmung den Saal verlassen. Zu dieser etwa 16 Abgeordneten zählenden Gruppe gehören u. a.: Toni Sender, Fries, Braß, Plettner, Kurt Rosenfeld, Dißmann.

So ist es vollbracht. Cuno ist gerettet mit der Hilfe der VSPD.-Fraktion, die ihm durch Breitscheid und Hermann Müller „grimmige Fehde" hatte ansagen lassen. Statt Taten präsentieren die VSPD.-Instanzen den deutschen Arbeitern den Nationalen Block von Hergt bis Levi und Crispien; statt Machtzuwachs des Sozialismus Machtzuwachs des Stinneskapitals; statt Einigkeit des Proletariats Verwirrung und Zerfall der eigenen Partei.

Der „Vorwärts" bedauert den Mißbrauch, daß Cuno kein Vertrauen, sondern nur eine Billigung der Stinnespolitik gefordert habe: Eine einfache Ablehnung des Antrages Petersen durch die VSPD. hätte den „mißbrauchten" Parlamentarismus sofort in sein Recht eingesetzt. Cuno wäre freilich darüber gestolpert.

Breitscheid stürzt den Sonderbündler Müller, den Freund der deutschnationalen Junker, um Cuno zu retten. „Ein Sieg der Sozialdemokratie" jubelt der „Vorwärts" und beweist dadurch nur, daß seine Partei das ganze Kabinett sofort stürzen konnte, wenn sie nur wollte. Sind Becker, Staatssekretär Dr. Brandt vom „Industrie- und Handelstag" und Hermes, der den Müller mit Eberts Zustimmung ins Kabinett brachte, die gefährlichsten Feinde der Arbeiterschaft, warum hat dann die VSPD.-Fraktion nicht den Mißtrauensantrag der Kommunisten angenommen, wie viele ihrer Provinzzeitungen es gefordert haben?

Die VSPD.-Instanzen helfen — das ist der klare politische Sinn ihrer Abstimmung — an der Durchführung des Stinnesprogramms durch ihre von Breitscheid geführte Scheinopposition ausdrücklich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192211127-16/fragment/page=0001

ekt. Ihre Minister haben die Note vom 13. November unterschrieben. Ihre Reichstagsfraktion hat sie jetzt feierlichst gebilligt. Und wenn Hermann Müller zur Beschwichtigung des Sturmes in den eigenen Reihen erklärt, weil man in der Sache nicht einig sei, so ist diese Entschuldigung nur eine noch schwerere Anklage gegen seine Partei. Denn wenn sie nicht wollte, daß trotz der unzweideutigen Stinnesworte der Note sie das Sprungbrett für Stinnestaten werden sollte, dann durfte die VSPD. nicht dulden, daß Cuno, Becker, Hermes Minister blieben. Dann gab es nur eine Entscheidung: **Sturz des Kabinetts Cuno durch Annahme des kommunistischen Mißtrauensvotums.**

Aber die Lösung der Regierungskrise nicht durch neuen parlamentarischen Kuhhandel, sondern durch Ueberwindung der Ursachen, die zu ihr führen, führt von den glatten Worten Breitscheids zum Appell an die Aktion der breiten Massen. Wie aber sollten die dazu fähig sein, die selbst in der Opposition noch von der Koalition und der Arbeitsgemeinschaft ihre politische Existenz fristen? **Weil sie den Kampf der Massen fürchten, darum haben sie Cuno das Vertrauen ausgesprochen.**

Doch der Riß, der zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat aufklafft, wird durch 400 Stimmen im Reichstag nicht durch die Einigkeit von Hergt und Erkelenz, verkleistert. Dafür gibt das ertrauensvotum der VSPD., ihr mit oppositionellen Reden versetzter Burgfriede, dem Stinneskapital und seiner Regierung die Mittel zur Rüstung, um im Winter die harte Hand des Staates die Hungernden fühlen, um nach Stresemanns Forderung die Orgesch durch Aufhebung des Republikschutzgesetzes noch freier als bisher sich sammeln zu lassen.

Die VSPD.-Politik einigt das Bürgertum und spaltet das Proletariat. **Ihr muß die Arbeiterklasse die Einheitsfront ihres Kampfes entgegenstellen.**

Die Politik der VSPD. führt zur Stinnesregierung. **Nur die Arbeiterregierung kann sie niederwerfen.**

Die Politik der VSPD. verwirklicht das Stinnesprogramm durch die nationale Einheitsfront. **Zerreißen kann es nur die Arbeiterschaft durch die Verwirklichung ihres Wirtschaftsprogramms!**

Müller geht — Cuno bleibt!

Die Blamage, die sich das Kabinett Cuno mit dem Fall Müller (Bonn) zugezogen hat, veranlaßt den „Vorwärts", ein sehr hohes Pferd zu besteigen und den Rücktritt des ehemaligen Separatisten als großen politischen Erfolg der Sozialdemokratie auszuposaunen. Der „Vorwärts" greift auch Cuno wegen der Methode an, die dieser gewählt habe, um sein Ministerium zu bilden.

Dem gegenüber muß doch darauf hingewiesen werden, daß gerade das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei in der Kritik von „übertrieblichen" Methoden etwas vorsichtiger sein sollte. Der Sozialdemokrat Ebert selbst, als Präsident der Republik, ist der geistige Vater dieser Sorte von Regierungsbildung gewesen, und er war es, der nicht schnell genug Cunos Vorschlag zustimmen konnte, eine Regierung „über den Parteien" zu bilden.

Wenn es übrigens ein „Erfolg" ist, daß Herr Müller (Bonn) durch die Breitscheid und Sollmann zu Fall gebracht worden ist, so muß man den Führern der VSPD. die Frage vorlegen, warum sie diesen Erfolg nicht ausgedehnt und das ganze Kabinett Cuno zum Rücktritt gezwungen haben, was ja in ihrer Hand lag. Müller (Bonn) hat sich separatistische Sünden zuschulden kommen lassen und war ein entschiedener Vertreter des wucherischen Agrariertums. Aber ist Becker (Hessen) politisch und wirtschaftlich vielleicht für die Arbeiterschaft eine erfreulichere Erscheinung? Sind der Außenminister Rosenberg mit der Belastung von Brest-Litowsk, der Hermes mit den Weinskandalen, der Gröner mit dem gesetzlich geschützten Namen, der Stingl (mit Gott für deutsche Ehre!) und schließlich der Generaldirektor der Hapag, Cuno, Leute, denen das Proletariat mehr Vertrauen entgegenbringt als dem Müller (Bonn)? Die Sozialdemokraten haben Müller (Bonn) zu Fall gebracht, um durch eine billige Seite persönlicher Ministerstürzerei die Tatsache zu verschleiern, daß die VSPD. nach wie vor ausnahme Koalitionspartei ist, **und daß das Kabinett Cuno mit Unterstützung der VSPD. regiert.**

Wieder ein Sparditator?

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. November.

Die „DAZ." weiß mit, daß die Reichsregierung beabsichtigt, den früheren preußischen Finanzminister und jetzigen Präsidenten des Reichsrechnungshofes, Herrn Saemisch, zum Sparditator zu ernennen.

*

Es hat schon einmal so ein Ding gegeben. Herausgekommen ist nichts dabei. Wenn man aber jetzt wieder einen „Sparditator" ernennt, so liegt das in der Linie der Stinnes-Politik, die dahin geht, den Achtstundentag für die Beamten abzubauen, möglichst viel untere und mittlere Beamte hinauszuwerfen und möglichst viel Reichsbetriebe an die Großindustrie zu verschachern. Ein solcher „Sparditator" muß also von der Arbeiterschaft aufs schärfste bekämpft werden.

Abtrennung des Rhein- und Ruhrgebiets durch Pfänder

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 27. November.

Londoner und Pariser Meldungen bestätigen die Nachricht, daß die Einheitsfront der Alliierten gegen Deutschland völlig hergestellt ist, und zwar auf der Grundlage, daß Frankreich die englischen Ansprüche in Lausanne, England dagegen Frankreichs Reparationsplan unterstützt.

Frankreich ist der Ansicht, daß die deutschen Industrieellen, falls sie es freiwillig nicht tun wollen, durch neue Zwangsmaßnahmen, so vor allem durch Pfänder, **eine schärfere Abtrennung des besetzten Rheingebietes und durch Besetzung des Ruhrgebietes gezwungen werden müssen,** eine Anleihe von 40 bis 50 Milliarden Goldmark zu Reparationszwecken aufzunehmen und zu garantieren. Es wird in den nächsten Tagen in Berlin eine **neue Note der Reparationskommission** erwartet, die diese Forderungen erheben wird.

Die Ententepresse, so der „Temps" und „Morning Post", weisen darauf hin, daß es der deutschen Regierung durch Heranziehung der deutschen Kapitalanlagen im Ausland möglich sein muß, das nötige Geld aufzubringen. Diese Auslandsguthaben werden auf 900 bis 1100 Millionen englische Pfund (ca. 22 Milliarden Goldmark) geschätzt, die von den deutschen Kapitalisten der Belastung entzogen wurden. Die gesamte englische und französische Presse erwartet von der Cuno-Regierung als Vertreterin der deutschen Industrie ein **positives Angebot,** in dem die Heranziehung dieser Kapitalien angekündigt werden soll.

*

Die kapitalistische Regierung wird selbstverständlich keine Belastung des Kapitals vornehmen, das könnte nur durch eine Arbeiterregierung erzwungen werden. Das Stinnes-Kapital wird dagegen die Drohungen Poincarés nach Losreißung des Ruhrgebietes zu der lange ersehnten deutsch-französischen Verständigung benützen.

Der Zusammenbruch der Reichsfinanzen. In der Sitzung des Reichsrates von gestern erklärte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums bei der Besprechung des 6. Nachtrages zum Reichshaushalt, daß der Fehlbetrag für das laufende Rechnungsjahr sich von 233 auf 890,1 Milliarden Mark erhöht hat, wovon nur 45 Milliarden Mark aus dem Ertrag der Zwangsanleihe gedeckt werden können, während 844,8 Milliarden ohne Deckung verbleiben. Von den Betriebsverwaltungen deckt nur die Eisenbahnverwaltung die Ausgaben mit eigenen Einnahmen. Die Post verlangt einen Zuschuß von 47,1 Milliarden Mark.

Einheitsfront von Hergt bis Levi

(Eigener Bericht.)

Berlin, 25. November.

In der Fortsetzung der Debatte über die Erklärung des Reichskanzlers nimmt in der Sonnabendsitzung als erster Ledebour das Wort. Er wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie verantwortlich seien für die Regierung des Cuno, die sich auf die Note vom 13. November an die Reparationskommission aufbaut. Diese Note birgt in sich die Gefahr der Verkümmerung des Achtstundentages und der Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Nahrungsmittel. Die Verelendung wird weitergehen, bis die Arbeiterschaft selbst die Macht ergreift.

Müller-Bonn tritt zurück

Der Reichsernährungsminister Müller (Bonn) hat an Ebert einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„In der gestrigen Sitzung des Reichstages sind gegen mich schwere Vorwürfe erhoben worden, die darauf hinausgingen, als wenn ich in der Rheinlandpolitik eine nicht einwandfreie Haltung eingenommen hätte. Das Kabinett hat noch in der vergangenen Nacht diese Frage dahin geklärt, daß wegen meiner damaligen Haltung keinerlei Zweifel an meiner vaterländischen Gesinnung gerechtfertigt sind. Trotzdem bitte ich Sie, Herr Reichspräsident, mich aus dem Amte des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft zu entlassen. Die gestern erhobenen Angriffe haben eine solche Atmosphäre politischer Gegensätze und dadurch eine Lage geschaffen, welche die Möglichkeit der sachlichen Lösung des Ernährungsproblems so weit hinausschieben, daß ich dafür die Verantwortung dem Lande gegenüber nicht mehr zu übernehmen vermag. Aus diesem Grunde trete ich im Interesse des Vaterlandes von meinem Posten zurück."

*

Der Reichskanzler, der den Brief Müllers verlas, machte dazu folgende Bemerkung:

Dieser Brief spricht für sich selbst und bedarf einer sehr kurzen Ergänzung. Auf Wunsch des Herrn Müller hat nach einem Beschluß des Kabinetts der Reichsminister der Justiz in der vergangenen Nacht die gegen Herrn Müller erhobenen Vorwürfe sofort untersucht. Darauf hat der Abgeordnete Sollmann von Köln erklärt, er könne selbst nicht behaupten, daß Herr Müller zu irgendeiner Zeit die Loslösung der Rheinlande vom Reich erstrebt oder gewollt habe. Damit scheiden die Vorwürfe, die sich gegen die vaterländische Gesinnung des Herrn Müller richten, aus. Gleichwohl besteht er auf seinem Rücktritt. Ich bin mir der durch diesen Zwischenfall vermehrten Schwierigkeiten bewußt, für das Amt des Reichsernährungsministers eine Persönlichkeit zu gewinnen, der in gleicher Weise das Vertrauen der Landwirtschaft und die sachliche Eignung zur Seite steht, hoffe aber, das Kabinett alsbald ergänzen zu können.

*

Die Debatte über die Regierungserklärung wurde fortgesetzt.

Stresemann (DVP.) hielt eine lange Rede, durch die er den arbeiterfeindlichen Charakter des Kabinetts Cuno und des Stinnesprogramms unterstrich. Er winkte der VSPD. von neuem mit der Großen Koalition. Er erinnere an den Ausspruch Bernsteins, man solle doch Herrn Stinnes nicht zum Kinderschreck für die Arbeiter machen. Stresemann wendet sich gegen die Erfassung der Sachwerte. Was der Reichskanzler über die Notwendigkeit der Mehrarbeit gesagt habe, unterschreibe er. Er zitiert einen Aufsatz, in dem es heißt: „Das deutsche Volk steht entweder vor einem Sichaufraffen zu einer veränderten Arbeits- und Produktionsauffassung oder es taumelt rettungslos seinem Untergang entgegen." Diese Sätze stammen nicht von Stinnes, sondern von Max Schippel und stehen in den „Sozialistischen Monatsheften". (Unruhe bei der VSPD.)

Leicht (BVp.): Die Sozialdemokraten haben in ihren Reden dem Ernst der Stunde nicht Rechnung getragen. Unsere Produktion muß gehoben werden.

v. Graefe (Deutschsozial): Der Tanz des internationalen Großkapitals um das goldene Kalb hat auch die Sozialdemokraten beeinflußt.

Müller-Franken (Soz.): Die Kraftprobe, deren Folge die Regierungskrise war, ging nicht von uns und nicht von der Deutschen Volkspartei aus, sondern vom großagrarischen Flügel des Zentrums unter Führung Stegerwalds. Wir werden den Boden der sachlichen Opposition nicht verlassen.

Ein von den Demokraten eingebrachter Schlußantrag bezweckt, die Redefreiheit unserer Fraktion abzuwürgen, denn der nächste Redner wäre Genosse Frölich gewesen.

In der Geschäftsordnungsdebatte, die aber erst nach Abstimmung über den Schlußantrag zugelassen wurde, deckte Genosse Koenen diese Schiebung des Reichstages, dem angeblich seine Würde so nahe liegt, auf. Trotzdem wurde die Debatte nicht mehr eröffnet. Aus den darauffolgenden persönlichen Bemerkungen ist erwähnenswert, daß der Abgeordnete Sollmann (Soz.) erklärte, daß er nichts von seinen Behauptungen gegen den gewesenen Minister Müller zurücknehme.

Zu der Regierungserklärung lag ein von der kommunistischen Fraktion eingebrachtes Mißtrauensvotum folgenden Wortlauts vor:

„Die Erklärung der Reichsregierung entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages; insbesondere mißbilligt der Reichstag die auf Grund der Note vom 13. November 1922

angekündigte Durchbrechung des Achtstundentages,
die in Aussicht gestellte Massenentlassung behördlicher Angestellten und Arbeiter,
die Beseitigung der Getreideumlage und die danach angekündigte Brotpreissteigerung,

und außerdem, daß die Regierung durch Sicherung der kapitalistischen Substanz, des Wiederbeschaffungspreises als Grundlage für die Preisbildung, die unbeschränkteste Wucherfreiheit herzustellen entschlossen ist."

Für dieses Mißtrauensvotum stimmten mit Ausnahme unserer Genossen noch der Sozialdemokrat Zubeil und die beiden Abhängigen Ledebour und Wegmann.

Hierauf wurde über folgenden Antrag Petersen (Dem.) abgestimmt:

„Der Reichstag hat die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß sie die Note vom 13. November dieses Jahres zur Grundlage ihrer Politik machen will."

Für diesen Antrag stimmten geschlossen: die Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Bayrische Volkspartei, Demokraten, und neun Zehntel der Sozialdemokraten. Der Rest der Sozialdemokraten aber fand nicht den Mut, durch Zustimmung zu unserem Mißtrauensvotum sich gegen den Antrag Petersen zu erklären, sondern enthielt sich der Stimme.

Das Ergebnis der neuen Regierungsbildung steht also fest: Sie findet eine Majorität von Hergt bis Levi.

Im Galopptempo und in dem Trubel des vollkommen mit sich selbst zufriedenen „hohen Hauses" werden dann die zweite und dritte Lesung eines Gesetzes betr. Aenderung des § 118 des Branntweinmonopolgesetzes durchgepeitscht und das Haus auf Montag, den 4. Dezember, vertagt. Tagesordnung: Interpellationen, Nachtrag zum Haushaltsetat, Verordnung betr. Kriegergräber, Lichtspielgesetz und Fortsetzung der Geschäftsordnungsdebatte.

Der Landtag schwätzt über die Not

(Eigener Bericht.)

Berlin, 25. November.

Infolge der Wucherfreiheit steigt das Meer des sozialen Elends immer weiter an. Da von ihm auch weiteste Kreise des Bürgertums verschlungen werden und infolgedessen die kapitalistischen Parteien den Verlust eines Teils ihrer Anhänger befürchten, stellen die politischen Schieber der wirtschaftlichen Schieber ab und zu Notstandsanträge im Parlament und halten entsprechende Reden. Natürlich wird von diesem Geschwätz kein Hungernder satt, kein Arbeitsloser erhält Beschäftigung, kein Wohnungsloser bekommt ein Dach über den Kopf.

Im Preußischen Landtag wurde der Sonnabend abermals mit solchen leeren Deklamationen hingebracht. Um das Niveau anzudeuten, auf dem dieses bürgerliche Parlamentsgeschwätz stand, sei festgestellt, daß der volksparteiliche Stoltberg ein größeres Kartoffelkontingent für die Schnapsbrennerei verlangen konnte, ohne daß er ausgepfiffen wurde; daß die deutschnationale Frau Spohr, die Gesinnungsgenossin der Großagrarier, ebenso unbeheiligt über den Markenbetrug von 300 Mk. jammerte; daß der Landwirtschaftsminister in demselben Atemzuge von gemeinsamen Interessen der Erzeuger und Verbraucher redete.

An der Hand der kommunistischen Anträge gegen die Arbeitslosigkeit zum Schutze ihrer Opfer, sowie für ausreichende Unterstützung der sozialen Kleinrentner, der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, vor allem durch Beschlagnahme von Lebensmitteln, Bekleidungsgegenständen und Brennmaterialien, deckte Genosse Behrmann (Mathenow) die heuchlerische Unehrlichkeit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Politik auf.

*

Vorher beendete der Landtag die Debatte über die Anfrage der Kommunisten wegen der sozialistischen Gefahr. Hatten die Kommunisten schon während der Rede Severings an die schlimmsten Erfahrungen der Noske-Zeit erinnert, so mußten ihn selbst seine Koalitionsgenossen in der Debatte wegen seiner Vertrauensseligkeit gegenüber der Rechtsgefahr anspießen. Vom Volksparteiler Wiedemann mußten sich die Sozialdemokraten ganz ungeschminkt sagen lassen, daß sie auch in Preußen bald aus der Regierung hinausgeworfen würden und daß sie als Mitglieder des Heimatdienstes nicht anderen Korruption vorwerfen sollten.

Für die sächsische Arbeiterregierung

Der Landesvorstand der KPD. Sachsens hat zu dem Schreiben der VSPD. vom 20. November zur Regierungsbildung Stellung genommen und am 23. November erwidert:

„Wir stellen mit Genugtuung fest, daß Sie unsere Forderungen als sachlich und berechtigt anerkennen. Die KPD. ist nach wie vor bereit, mit der VSPD. in Sachsen eine Arbeiterregierung zu bilden. Die KPD. fühlt sich jedoch an die Besprechungen gebunden, die sie ihren Wählern in bezug auf die Arbeiterregierung gemacht hat. Die Forderung nach der Mitwirkung der Betriebsräte an der Gesetzgebung erhebt die KPD. in der festen Ueberzeugung, daß jeder ernstliche Versuch, eine der von Ihnen selbst als berechtigt anerkannten Forderung durchzuführen, ohne tatkräftige Mitwirkung der in den Betrieben wurzelnden Organe des Proletariats, der Betriebsräte, scheitern muß.

Sie bezeichnen in Ihrem Schreiben die Betriebsräte als Organe der Gewerkschaften. Das ist nur bedingt richtig. Die Betriebsräte sind nach der Reichsverfassung die soziale und wirtschaftliche Interessenvertretung aller Arbeiter und Angestellten. Die KPD. kann sich nur an einer Arbeiterregierung beteiligen, die alle in der Verfassung festgelegten Rechte der Arbeiterklasse voll ausnützt. Nur dann wird die Arbeiterregierung eine genügend breite Basis haben zur Führung aller Kämpfe, die ihr die bestehende Klasse aufzwingt.

Da Ihre Einwände im Schreiben vom 20. November gegen das von uns aufgestellte Programm in offenbarem Widerspruch stehen zu Ihrem ersten Schreiben vom 11. November, in dem Sie die Verfassung als geeignete Grundlage für eine Verständigung bezeichnen, erklären wir uns bereit, mit der VSPD. gemeinsam ein Programm für eine Arbeiterregierung in Sachsen aufzustellen."

Gegen die Ausweisungsschmach

Große Anfrage der Abgeordneten Menzel (Halle), Frau Wolfstein und Genossen.

Der Minister des Innern hat den Chefredakteur der „Roten Fahne", Zentralorgan der KPD., Heinrich Süßkind, den Redakteur der „Schlesischen Arbeiterzeitung" in Breslau, Ernst Kraft, und den Redakteur des „Nordwestdeutschen Echos", Bremen, Heinz Möller, aus Preußen ausgewiesen. Die Ausweisungen erfolgten wegen Zugehörigkeit zur KPD.

Das Ministerium weist ferner in rücksichtslosester Weise geistige Arbeiter oder jahrzehntelang ansässige Handarbeiter wegen ihrer Parteizugehörigkeit aus Preußen aus, während sie ausländischen Schiebern und wirtschaftlichen Parasiten sowie konterrevolutionären, politischen Abenteurern ausländischer Herkunft aller Art bereitwilligst Gastrecht zugesteht.

Ist das Staatsministerium bereit, die Ausweisung der Redakteure Heinrich Süßkind, Ernst Kraft und Heinz Möller rückgängig zu machen?

Ist das Staatsministerium bereit, Hand- und Kopfarbeitern ausländischer Staatsangehörigkeit, die sich durch ihre eigene Arbeit ernähren, grundsätzlich Aufenthaltserlaubnis zu gewähren; dagegen gegenüber Ausländern, die ihren Lebensunterhalt durch wirtschaftliche Ausbeutung der besitzlosen Klasse in Deutschland sich zu verschaffen suchen oder die durch Teilnahme und Unterstützung militärischer Bestrebungen oder auf andere Art die politische und wirtschaftliche Bedrückung der einheimischen Arbeiterklasse zu fördern suchen, mit Ausweisung vorzugehen?

Ausland

Die Mordjustiz in Irland

Die Regierung der sogenannten Sinnfeiner in Dublin setzt den Noskekurs unentwegt fort. Diese Männer, die noch vor zwei Jahren glühende Revolutionäre und Todfeinde Englands spielten, suchen jetzt mit den schäbigsten Mitteln den republikanischen Aufstand im Lande zu unterdrücken. Jetzt hat ein Kriegsgericht in Dublin den gefangenen republikanischen Führer Erskine Childers zum Tode verurteilt mit der Begründung, daß er ohne Erlaubnis eine Pistole bei sich hatte. Childers selbst gab in dem Prozeß zu, daß er Hauptmann der irischen republikanischen Armee sei. Er forderte, als Kriegsgefangener behandelt zu werden. Die irische Regierung hat das Todesurteil vollstrecken lassen. Um so erbitterter wird die Gegenbewegung der irischen Arbeiter, Bauern und Kleinbürger. De Valera, das Haupt der irischen Revolutionsbewegung, steht an der Spitze einer illegalen Gegenregierung; er hat vor kurzem eine Proklamation erlassen, worin er die Dubliner Minister als Rebellen gegen die irische Republik bezeichnet. Gleichzeitig kündigte er weitgehendste Vergeltung für den Fall einer Hinrichtung von Childers an.

Faszistisches Wahlrecht. Mussolinis Sekretär erklärte, die Faszistenregierung sei fest entschlossen, bei den im Frühjahr stattfindenden Wahlen das sogenannte Majoritätssystem anzuwenden, wonach zwei Drittel der Kammersitze jener Partei zufallen, die die Mehrheit der Stimmen erhält, das letzte Drittel soll unter den anderen Parteien aufgeteilt werden. — Die Faszisten hoffen, durch ihren Wahlterror mit diesem System ein ihnen gefügiges Parlament zustande zu bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221127-16/fragment/page=0002

Das Programm der Internationale und der kommunistischen Parteien

Moskau, 18. November.

Bucharin referiert über das Programm der Internationale und der kommunistischen Parteien.

Die Frage der Schaffung eines Programms der Kommunistischen Internationale ist ein sehr schwieriges Problem. Daß wir uns daran wagen, es zu lösen, ist ein Symptom unseres Wachsens. Wir werden es lösen.

Der Hauptpunkt des neuen Kommunistischen Programms ist: Die permanente Reproduktion führt zu immer größer werdenden Widersprüchen in der Entwicklung des Kapitalismus. Ferner: früher wurde in der politischen Oekonomie der Konkurrenzkampf in der Hauptsache mit den Methoden billiger Preise geführt. Es folgte der Kampf der Syndikate. Jetzt sind die Staaten nur noch riesige kombinierte Trusts, die den Konkurrenzkampf ausfechten mit militärischer Gewalt.

Im Programm muß das Bildungsmonopol der herrschenden Klassen hervorgehoben werden. Es muß behandelt werden die Frage der Ausreifung des Keimes des Sozialismus in der alten Gesellschaft. Der Kapitalismus ist tatsächlich schon im Feudalismus enthalten. Seine Administratoren, seine Funktionäre, sein Wirtschaftsapparat, alles das ist schon zur Zeit des Feudalismus fertig gewesen. Dagegen hat der Sozialismus erst seine Ausreifungsmöglichkeiten in der Diktatur. Die neue ökonomische Politik ist nicht nur ein taktisches Problem, sondern auch eine Frage ökonomischer Zweckmäßigkeit. Sie stellt dar ein Verhältnis zwischen jenen Wirtschaftszweigen, die wir selbst bewirtschaften können, und zwischen jenen, die wir noch nicht bewirtschaften können. Wenn wir die Kleinproduzenten ausschalten, dann legen wir gleichzeitig gewisse Produktionszweige still. Es entsteht eine unnütze Vermehrung des Beamtenapparates. Die richtige Lösung dieser Frage ist ein Problem der gesellschaftlichen Oekonomie. Andererseits ist es richtig, daß die ökonomische Zweckmäßigkeit nicht immer zusammenfällt mit den Kampfeszweckmäßigkeiten. Wenn es notwendig ist, müssen die Kleinbetriebe als Bollwerk der Konterrevolution konfisziert werden, jedoch nicht über das nötige Maß hinaus. Im Programm müssen wir auch die Frage der Kolonien und die Frage der Landesverteidigung berücksichtigen. Der proletarische Staat ist nicht der alte Staat. Er hat nicht nur das Recht, sich selber zu verteidigen, sondern muß auch das Proletariat anderer Länder verteidigen und zu diesem Zwecke, wenn es notwendig ist, Krieg führen. Fragen fluktuierender Natur, wie die Frage der Einheitsfront, der Arbeiterregierung, der Erfassung der Sachwerte, können nicht programmatisch festgelegt werden. Diese Forderungen entsprechen der momentan defensiven Konstellation der Lage des Proletariats. Sie programmatisch festlegen, bedeutet ein Ausweichen vor der Offensive. Varga wirft mir Feigheit vor, weil ich die Tagesforderungen nicht programmatisch festlegen will. Meine Feigheit ist die Furcht vor dem Opportunismus. Varga dagegen fürchtet diese nicht; er ist offener Opportunist. Das Programm der deutschen Kommunistischen Partei ist stellenweise glänzend und theoretisch gut fundiert, nur ist es zu lang, zu gelehrt — mit einem Worte: zu deutsch. Das bulgarische Programm ist zu bulgarisch. Redner schlägt vor, das Programm jetzt nicht anzunehmen, sondern es als Einleitung einer Programmdiskussion zu betrachten. Die Programmannahme solle dem 5. Kongreß vorbehalten bleiben.

Thalheimer als zweiter Referent in dieser Frage bittet, das deutsche Programm als Entwurf zu betrachten. Das eigentliche Programm kann nur das Ergebnis kollektiver Arbeit sein. Mit Bucharin bin ich in der Frage der Teilforderungen nicht einverstanden, sie bilden den Uebergang zur wichtigsten Stecke auf dem Wege zur Revolution. Hier darf die Kommunistische Internationale nicht verlagen. Nicht nur die prinzipielle Einstellung, auf der die Teilforderungen basieren, sondern auch die Aufnahme der Teilforderungen selbst ins Programm ist zulässig. Es gibt auch gemeinsame Teilforderungen für alle Länder, wie Produktionskontrolle, Richtlinien in der Steuerpolitik usw. Kurz vor der Oktoberrevolution ist Lenin auch sehr entschieden für ein Minimalprogramm eingetreten. Wir müssen programmatisch festlegen, daß politischen Rücksichten den ökonomischen Rücksichten vorangehen.

Kabatschieff (Bulgarien) sagt, daß das Programm der 2. Internationale der friedlichen Entwicklung angepaßt war. Das Programm der russischen Kommunistischen Partei sei eine geeignete Grundlage, wenn es den Verhältnissen der einzelnen Länder angepaßt würde. Redner verteidigt den bulgarischen Programmentwurf gegenüber Bucharin. In der jetzigen revolutionären Periode sei die Hauptsache die Schaffung eines Maximalprogramms.

Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht. Der Kongreß wird am Dienstag die Entscheidung treffen, ob die Programmdiskussion fortgesetzt oder auf den 5. Kongreß vertagt werden soll.

Faszistenangriff in Wien. Der sozialdemokratische Landeshauptmann Grüner ist in Wien auf offener Straße von einer mit Gummiknüppeln bewaffneten Bande überfallen und so lange geschlagen worden, bis er bewußtlos zusammenbrach.

Im Lodzer Militärgefängnis kam es zu einer schweren Gefangenenrevolte, wobei die Wache zwei Gefangene getötet und 5 schwer verletzt hat. Zur Wiederherstellung der Ordnung wurde auch die berittene Polizei herangezogen.

Gewerkschaftsbewegung

Verschärfung des Schauspielerstreiks in Berlin

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 26. November.

Der Streik der Schauspieler in den Berliner Theatern hat sich immer mehr ausgedehnt. Nunmehr beteiligen sich auch an dem Streik die ersten Kräfte der Theater. Die Schauspieler fordern eine Mindestgage von 60 000 Mark. Eine Nachversammlung der Schauspieler, die bis in den frühen Morgen dauerte, beschäftigte sich mit der Angelegenheit. Man beschloß, den Kampf unter allen Umständen durchzuführen. Ein Kollege der Genossenschaft Deutscher Bühnenangestellter erklärte, daß der Verwaltungsrat von den 35 Millionen Genossenschaftsvermögen 5 Millionen Mark als Streikdeputat ausgesetzt habe. Gestern haben die Direktionen der Theater eine Bekanntmachung anschlagen lassen, in der den Streikenden angedroht wird, daß sie fristlos entlassen werden, wenn sie weiterhin den Dienst verweigern. Augenscheinlich ist das Ziel der Direktionen, die Genossenschaft der Bühnenangehörigen zu sprengen. Gespielt wird nur im Staatstheater, im Opernhaus und Wallhalla-Theater.

Buchdrucker, die Augen auf!

Die Buchdrucker-Unternehmer haben den Tarifvertrag gekündigt und wollen einschneidende Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchsetzen. Am 15. November sollten die Kollegen der Mitgliedschaft Stuttgart zu der bevorstehenden Tarifsession Stellung nehmen. Die Bureaukratie des Buchdruckerverbandes setzte aber alles daran, eine Diskussion über dieses Thema zu verhindern, was ihr auch gelang. Stuttgart ist nach der Zahl der Buchdrucker die drittgrößte Druckstadt, weshalb das Vorgehen der Stuttgarter Bureaukratie symptomatisch und von ernstester Bedeutung ist. Die Buchdrucker müssen überall ein scharfes Auge auf ihre Vertreter haben, wenn sie nicht von großen Verschlechterungen überrumpelt werden wollen.

Streik der Buchdrucker in Danzig

Die Danziger Buchdrucker sind am Sonnabend in den Ausstand getreten. Sie verlangen, daß die sogenannten Danziger Zulagen sofort auf 50 Prozent des jeweiligen Reichstarifes erhöht werden. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen Volksstimme und einer polnischen Zeitung sind die Zeitungen nicht erschienen.

Der Betriebsrätekongreß und die Gewerkschaften

Der Betriebsrätekongreß hat folgende Resolution zur Gewerkschaftsfrage einstimmig zum Beschlusse erhoben:

Der Kongreß sieht sich zu seinem Bedauern zu der Feststellung genötigt, daß zwischen der Betriebsrätebewegung und den Gewerkschaften ein vollkommen widernatürliches Verhältnis besteht. Gewerkschaften und Betriebsräte, Organe der gleichen Klasse, müssten sich besonders in der gegenwärtigen Zeit auf jede mögliche Weise unterstützen und im Kampf gegen die Unternehmerwillkür, gegen Hunger und Not und zur Verteidigung des Achtstundentages fest zusammenstehen.

Statt dessen bietet sich der Oeffentlichkeit das Schauspiel, daß viele Gewerkschaftsführer mit einem Eifer, der wahrlich einer besseren Sache würdig wäre, die Betriebsrätebewegung bekämpfen.

Der Kongreß hält es für seine Pflicht, vor der deutschen Arbeiterschaft, die die Folgen dieses widernatürlichen Gegensatzes zu tragen hat, die Frage aufzuwerfen und zu beantworten: Warum ist es so?

Die Vertrauensleute der Betriebsräte haben von Anfang an gefordert, daß die Gewerkschaften die Führung der Bewegung übernehmen und einen Betriebsrätekongreß einberufen sollen. So sehr war bei den Betriebsräten der Wille zur Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse vorherrschend, daß sie — obgleich die Haltung der Gewerkschaftsführer zu der Betriebsrätebewegung eine Ablehnung fast als sicher erscheinen ließ — wiederholt mit demselben Verlangen an den Vorstand des ADGB. herangetreten sind. Stets haben diese Gewerkschaftsführer die dargebotene Hand zurückgewiesen. Die große Mehrheit der Gewerkschaftsführer beharrte bei ihrer für die Interessen der Arbeiter so schädlichen Stellungnahme auch dann noch, als die beiden Vorsitzenden der größten deutschen Gewerkschaft, des Metallarbeiterverbandes, im Landesausschuß ausdrücklich einen Antrag auf Einberufung eines Betriebsrätekongresses stellten.

Auf Grund dieser unbestreitbaren Tatsachen stellt der Kongreß fest, daß es **tatsächlich** die Schuld dieser Gewerkschaftsführer ist, wenn der Kongreß nicht durch und mit den Gewerkschaften, sondern gegen sie zustande kam.

Nach allem, was die deutsche Arbeiterschaft anläßlich der acht Bielefelder Punkte, der fünf Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter, des Offenen Briefes der VKPD., der zehn Arbeitslosenforderungen des ADGB. und seiner zehn Steuerforderungen erlebte, konnten sich die klassenbewußten Arbeiter unmöglich mit einem bloßen Protest gegen die feige Passivität des ADGB. begnügen. Sie waren dazu es vielmehr sich selbst und ihrer Klasse Pflicht, ungeachtet aller Schwierigkeiten, ungeachtet der Drohungen des Unternehmertums und zahlreicher Gewerkschaftsvorstände, ungeachtet der erforderlichen riesigen finanziellen Opfer, zu versuchen, aus eigener Kraft die Pflicht zu erfüllen, die der Vorstand des ADGB. in kläglicher Weise versäumt hat.

Der Kongreß stellt mit Genugtuung fest, daß sich die Betriebsrätebewegung als stark genug erwies, um alle Hindernisse zu beseitigen, die das Zustandekommen des Kongresses bedrohten. Er darf andererseits jedoch nicht unerwähnt lassen, daß der haßerfüllte Kampf, den die Presse der VSPD. und die Gewerkschaftsbureaukratie gegen die Betriebsräte führten, die Bewegung hemmte und es verhinderte, daß der Kongreß tatsächlich zu einem Parlament der gesamten geeinten Arbeiterklasse Deutschlands wurde. Das ist im Interesse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, deren Lage sich von Tag zu Tag verschlechtert, zu bedauern, kann aber für die klassenbewußten Arbeiter des ganzen Reiches nur ein Ansporn sein, noch energischer, noch unbeugsamer und noch opferfreudiger als bisher für die Vertiefung und Verbreiterung der Betriebsrätebewegung zu wirken.

Wie die Unternehmer die Teilnehmer am Kongreß mit Maßregelungen bedrohen, so haben eine ganze Anzahl Gewerkschaftsfunktionäre angekündigt, daß sie den Ausschluß der Teilnehmer an diesem Kongreß und damit die tatsächliche Spaltung der Gewerkschaften herbeiführen wollen. Die Ausführung dieser Drohung wäre ein so himmelschreiendes Verbrechen am Proletariat, ein so niederträchtiger Liebesdienst für die deutschen Kapitalisten, daß der Kongreß es noch wagt, der Hoffnung Ausdruck zu geben, die Gewerkschaftsvorstände werden von der Ausführung ihrer verderblichen Pläne absehen.

Sollte wider Erwarten das Gegenteil eintreten, sollte die Gewerkschaftsbureaukratie den traurigen Mut zur Spaltung der Gewerkschaften aufbringen, so geloben die Versammelten, alles daranzusetzen, um die breiten Massen zur Rettung der Gewerkschaften und zur Unschädlichmachung solch verräterischer Führer zu mobilisieren.

Der Kongreß ermahnt die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft des ganzen Reiches, auf keinen Fall, was immer auch die nächsten Monate bringen mögen, den Unterschied außer Acht zu lassen, der zwischen den Gewerkschaften als solchen und der Gewerkschaftsbureaukratie besteht. Keine Schandtat eines Gewerkschaftsbureaukraten, und sei sie noch so empörend, darf auch nur einen klassenbewußten Arbeiter zum Austritt aus den Gewerkschaften veranlassen. Der klassenbewußte Arbeiter, der aus den Gewerkschaften davonläuft, erweist den reformistischen Führern und den Kapitalisten den größten Gefallen, und schädigt die Interessen seiner Klasse. Wenn an der Spitze einer Arbeiterorganisation Leute stehen, die innerlich auf der Seite des Kürgertums stehen, so tritt ein revolutionärer Proletarier aus einer solchen Organisation nicht aus, sondern sorgt dafür, daß die Massen der Mitglieder solche Führer durchschauen und zum Teufel jagen.

Den Unorganisierten ruft der Kongreß zu: „Hinein in die Gewerkschaften!" Nur wenn alle Arbeiter bereit sind, Opfer auf sich zu nehmen, werden sie imstande sein, aber die Unternehmerorganisation den Sieg zu erringen. Die Gewerkschaften, die heute noch für die Arbeitsgemeinschaften, für die Koalitionspolitik, für den sogenannten „Wiederaufbau" im Interesse der Bourgeoisie mißbraucht werden, sind trotz alledem die Organe, ohne deren Besitz die Arbeiterklasse über ihre Feinde nicht siegen und ohne die sie noch weniger den Sieg über ihre Feinde behaupten und ausnützen kann. Darum ist es Pflicht jedes ehrlichen Arbeiters, die Gewerkschaften auf jede mögliche Weise zu stützen und dafür zu sorgen, daß mit allem, was heute noch in den Gewerkschaften zum Nutzen der Bourgeoisie vorhanden ist und was ihre Kampffreudigkeit schwächt, gründlich aufgeräumt wird und so die Gewerkschaften zu dem gemacht werden, was sie ihrem ganzen Wesen nach sein müssen: Kampforgane der Arbeiterklasse!

Erfüllt jeder Arbeiter auch in den Gewerkschaften seine Pflicht, dann wird es nicht lange dauern, bis zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften ein natürliches Verhältnis hergestellt ist, bis sie statt gegeneinander, gemeinsam kämpfen gegen den gemeinsamen Feind zum Wohle des gesamten Proletariats.

Aus der Partei

Proletarische Solidarität

Für die im Kerker schmachtenden Genossen haben die Ortsgruppen Striegau und Girlachsdorf ein schönes Beispiel proletarischer Solidarität gegeben, indem sie zur Unterstützung der Frau eines schlesischen Genossen, der im Striegauer Gefängnis sitzt, 100 Mk. Bargeld, Mehl, Zucker, Kaffee, Kartoffeln usw. in erheblicher Menge durch Sammlung aufgebracht haben.

Vom Tage

Eine große Paßfälscherwerkstatt wurde gestern von der Polizei in einem Lumpenkeller im Nordosten Berlins aufgehoben. Als die Beamten in einem Hinterraum einen großen Haufen Lumpen durchsuchen wollten, wurden ihnen von den Inhabern des Kellers 20 000 Mark geboten, wenn sie von einer weiteren Durchsuchung abstehen würden. Unter dem Lumpenhaufen wurde das ganze Fälschermaterial vorgefunden, darunter Stempel des polnischen Generalkonsuls in Berlin, eines amerikanischen Notars, des polnischen Konsulats zu München usw. Inhaber des Lumpenkellers waren zwei polnische Staatsangehörige.

Eine entsetzliche Familientragödie. Unter furchtbaren Umständen kam in Beguschütz bei Kattowitz eine ganze Familie ums Leben. Dort hatte eine Frau ein Schwein verkauft und das Geld auf dem Tisch liegen lassen. Das dreijährige Töchterchen steckte das Geld in den Ofen. Als der Vater von der Arbeit nach Hause kam, erzählte die Frau das Vorkommnis. Der erzürnte Vater ergriff das Kind, ging mit ihm hinaus und hackte ihm beide Hände ab, ohne daß die Frau etwas davon bemerkte. Als der Mann mit dem Kinde nicht zurückkehrte, ließ die Mutter ihr kleines Kind, das gerade gebadet wurde, im Wasser und ging hinaus, den Mann zu suchen. Draußen fand sie ihr Kind im Blut und den Mann, der sich aus Verzweiflung erhängt hatte, leblos vor. Als die Frau zurückkehrte, war auch das Kind in der Wanne ertrunken. Um das Maß des Unglücks voll zu machen, traf die Frau ein Herzschlag, der sie tot zu Boden streckte.

Aus der Provinz

Gescheiterte Tarifverhandlungen

Am 23. November fanden in Halle Verhandlungen zwischen den am Angestelltentarifvertrag für die mitteldeutschen Braunkohlenbergbaubezirke Halle, Magdeburg, Bitterfeld, Borna und Anhalt beteiligten Parteien statt über eine vom 16. November an im Anschluß an die vom gleichen Tage platzgreifende Lohnerhöhung der Bergarbeiter vorzunehmende Gehaltserhöhung. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos.

Der Stahlhelmbund und der Naumburger Justiz

Am 17. November hatten wir einen Bericht über eine Verhandlung vor dem Naumburger Schöffengericht veröffentlicht, in der unser Gen. Fiefer (Naumburg) wegen Beleidigung des Stahlhelmbundes zu 5000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden ist. Dazu erhalten wir folgendes Schreiben aus Naumburg:

Der Maler Walter Fiefer (Naumburg) ist durch Urteil des Schöffengerichts in Naumburg vom 15. November d. J. nicht wegen Beleidigung des früheren Stahlhelmbundes, sondern des aufgelösten Stahlhelmbundes, verurteilt worden. Der Gerichtshof war nicht aus beamteten Berufsrichtern, sondern einem Berufsrichter und zwei Laienrichtern zusammengesetzt, von denen der eine, ein Tischler, dem Arbeiterstand angehört. Die Protokollierung der vollständigen Zeugenaussagen ist in Anbetracht der nur in unwesentlichen Punkten bestehenden Widersprüche als unerheblich abgelehnt worden. Zu der Urteilsbegründung hat der Vorsitzende nicht bemerkt, daß ein hartes Urteil gefällt werden müsse, weil die Reden bei Arbeiterdemonstrationen immer nur dazu gehalten würden, um die Massen aufeinanderzuhetzen. Er hat vielmehr ausdrücklich die nicht unlauteren Motive des Angeklagten als strafmildernd, andererseits jedoch als strafschärfend die Möglichkeit hervorgehoben, daß die Bevölkerung leicht Gewalttätigkeiten gegen andere vornehmen könne, wenn bei öffentlichen Versammlungen auch derartigen, das Volk lebhaft erregenden Ereignissen, wie der Rathenaumord, solche Aeußerungen fallen, wie sie der Angeklagte getan hat.

Landgerichtsrätdent. Oberstaatsanwalt.
gez. Hefermehl. gez. v. Dungalski.

Wir hätten diese Berichtigung ohne weiteres dem Papierkorb überantworten können, da sie den gesetzlichen Bestimmungen nicht entspricht. Was hier von der Zusammensetzung des Gerichts berichtigt wird, ist völlig überflüssig, denn in unserem Bericht war davon mit keiner Silbe Erwähnung getan. Die Herren Hefermehl und Dryzalski sollen also künftig die Berichtigungen von ihrem Herrn Kollegen Madelbau anfertigen lassen, da dieser es wirklich besser versteht. Mancher lernt es früh, mancher nie. Es ist uns aber ganz angenehm, daß wir die Berichtigung erhalten haben. Also nicht der Stahlhelmbund soll beleidigt worden sein, sondern Rechtsanwalt Löwe als früherer Vorsitzender des Stahlhelmbundes. Ach nee, davon weiß nicht einmal die Naumburger „Tante" etwas, die seinerzeit berichtete, Fiefer hätte die „Mitglieder nationaler Vereinigungen" beleidigt und Rechtsanwalt Löwe hätte als Vorsitzender des Bundes Strafantrag gestellt. Also hier stimmt etwas nicht. Ebenso steht die letzte Redewendung zu dem, was von unserem Berichterstatter geschrieben worden ist, in Widerspruch. Wir werden also erst unseren Gewährsmann zu Worte kommen lassen und dann nochmals darauf zurückkommen.

Kleinbauern! Landarbeiter!

Während der langen Winterabende wird Dir der von der Kommunistischen Partei herausgegebene **Bauernkalender „Das freie Land"** zu anregenden Stunden verhelfen. Du wirst dadurch bekannt werden mit dem Leben und Treiben der russischen arbeitenden Landbevölkerung, wirst Dich erfreuen an den vielen Erzählungen und Bildern, wirst erfahren, wie Deine Vorfahren vor mehreren hundert Jahren gegen die Hörigkeit, gegen die Leibeigenschaft gekämpft haben. Unentbehrlich ist Dir auch der darin enthaltene Wand- und Trächtigkeitskalender und vor allem das Märtyrerverzeichnis. Die vorzüglichen wirtschaftlichen und politischen Artikel machen den Kalender zu einem Lehrbuch für Politik und Wirtschaft. Angesichts dieser Reichhaltigkeit ist der Preis von 100 Mk. äußerst gering. Bestelle deshalb sofort den Kalender bei der Bezirks-Buchhandlung Halle, Lerchenfeldstraße 14, oder direkt vom Verlag „Vina", Berlin, Planufer 17.

Sandersdorf. Zusammenschluß des Jungproletariats. Die am 22. November 1922 an unserem Orte stattgefundene Veranstaltung der Kommunistischen Jugend Deutschl hat uns die Notwendigkeit gezeigt, auch an unserem Orte das Jungproletariat zu sammeln und zum Kampf gegen die Ausbeuter zu einigen. Wir fordern alle Jugendlichen auf, die gewillt sind, mit uns um unsere Befreiung zu ringen, am Dienstag, dem 28. November, abends 8 Uhr, im Gasthof zu Sandersdorf, zu der Mitgliederversammlung der KJ. Sandersdorf zu kommen. Es ist vor allem Pflicht aller Parteigenossen, ihre Kinder (von 14 Jahren an, Jungen wie Mädel) zu dieser Versammlung zu schicken.

Bernburg. Achtung, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre! Am Mittwoch, dem 29. November, abends 7½ Uhr, im Restaurant „Eiche", Waisenhausstraße, Zusammenkunft sämtlicher Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, die auf dem Boden des Betriebsrätekongresses stehen. Das Erscheinen aller ist von großer Wichtigkeit. Die Delegierten Bernburgs und Umgebung zum Reichsbetriebsrätekongreß.

Magdeburg. Was ist daraus geworden? Die „Magdeb. Volksstimme" schreibt mit Recht: Im Juli dieses Jahres wurden in Magdeburg große Waffenfunde gemacht. Eine Anzahl Personen wurden verhaftet. Einer der Beteiligten hat sich im Gefängnis das Leben genommen. Die Sache hat damals größtes Aufsehen im ganzen Land erregt. Die Sicherheit des Landes und der Verfassung verlangte gebieterisch restlose Aufklärung der Angelegenheit und Bestrafung der Leute, die sich schuldig gemacht hatten. Was ist nun daraus geworden? Monate sind verflossen, eine Gerichtsverhandlung hat nicht stattgefunden, irgendeine Mitteilung, die erkennen läßt, daß die Sache noch nicht sanft entschlummert ist, erfolgte auch nicht. Weiteste Kreise der Bevölkerung haben das größte Interesse daran, zu erfahren, was bei der Untersuchung herausgekommen ist. — Ja, wenn es sich um Kommunisten handelte . . .

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192211 27-16/fragment/page=0003

K.P.D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Verkehrsstr. 14. Fernspr. 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 00. Arthur Sämtich, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 5 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Die Sitzung der Ortsleitung findet heute nicht statt.

KP.-Gastwirtsgehilfen. Dienstag, d. 28. Nov., vorm. 10 Uhr. „Goldene Kette": **Wichtige Sitzung.**

Richtung, Distriktsführer! Sonntag 12, Montag 13, Dienstag 13a, Mittwoch 14, Donnerstag 15, Freitag 16, Sonnabend 17, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft.

Mansfelder Gebirgskreis.

Hettstedt-Burgörner. Dienst., 28. Nov. abds. 8 Uhr, im „Friedrich-Wilhelms-Bad" Oeffentl. Versammlung. Ref. Gen. Willi Sachse (Halle).

Kreis Bitterfeld.

Greppin. Mont., 27. Nov. abds. 7½ Uhr, in Schmidts Lok.: Mitgl.-Versamml.

Holzweißig. Dienstag, 28. Nov., abds. 8 Uhr, im Jugendheim: Bildungskursus. Ref. Gen. Koenen, Merseburg.

Kreis Merseburg.

Merseburg. Dienstag, 28. Novbr., abds. 7 Uhr, in der Landwirtschaft, Winterschule, Seffnerstr.: Bildungskursus. Referent: Gen. Otto Müller, Halle.

Dürrenberg. Dienstag, 28. Novbr., abds. 7½8 Uhr, in der Schule in Kenchberg: Bildungskursus. Referent: Genosse Wechsler, Halle.

Delitz am Berge. Mittwoch, 29. Novbr., abds. 7 Uhr, in d. Schule: Bildungskursus. Referent: Gen. Wöhe, Halle.

Kreis Zeitz.

Zeitz. Mittwoch, 29. November, abds. 8 Uhr, i. Restaur. Wagner: Bildungskursus. Referent: Gen. Grabe, Halle.

Kreis Sangerhausen.

Brücken. Dienstag, 28. Novbr., abds. 8 Uhr im Lokal Krause: Mitgliederversammlung. Referent ist Genosse Lademann.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und dieselben, sowie Vorträge benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei bestellen zu lassen.

Sie finden zu alten Preisen noch kleine Restposten:

Herren-Ulster Mk. 10 000 bis **6500**

Herren-Joppen Mk. 12 000 bis **7200**

Burschen-Joppen Mk. **6500**

Textil-Handelsgesellschaft m. b. H.

vorm. **Reinke,** Halle a. d. S., Leipzig. Str. 51

am Riebeckplatz 4677

Von heute an steht ein Transport **Läufer-** sowie **Futterschweine** zum Verkauf.

H. Richter, Trotzdorf Str. 80. Telephon 3752.

Weihnachtsbäume

schöne Harzstämme, auch für Säle. Wiederverkäufer Preisermäßigung.

Kaufmanns Hof, Magdeburger Str. 57. 4579

Denkt an die Rußlandhilfe!

Arbeitsmarkt

Austräger (in)

für **Petersroda** bei Rotzsch für 1. Dezember gesucht. F

Gewissenhafte Bewerber wollen sich melden beim Genossen

Rich. Henze, Rotzsch, Wettstr. 15.

2 tüchtige Bautischler u. 1 Maschinenarbeiter

für dauernde Beschäftigung **Stellt sofort ein** *755

Richard Staub, Zörbig.

Familien-Nachrichten

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschlief am 24. 11., vorm. ½11 Uhr, mein inniggeliebter guter Mann, Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel 4676

Kurt Otto

im Alter von 41 Jahren.

In tiefem Weh

Frau Anna Otto geb. Beige nebst Kindern und Angehörigen.

Beerd. Dienst., 2½ U., Südfriedhof. Ruhe sanft, Du gutes Herz, Dir ist wohl, uns bleibt der Schmerz.

Gold-

5 überwaren- Platin-Bruch Uhren, Ketten Ringe **Brillanten** kauft 4887

Zeit & Stadtling Kannichstr. 13 Eingang Moritzzwinger 1. Stock Ruf 1288

3 Hüte verkauft **Schleiden Nr. 34** Sperlingsberg *970

Neu! Neu!

Kleiner Leitfaden der Redekunst von **Julian Borchardt.** Preis zu zahlen **230.-M**

Prod.-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H. Abteilung **Bez.-Zentralbuchhandlung Halle (Saale),** Lerchenfeldstraße 14

Eisleben.

Arbeitsamt Eisleben

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Landwirtschaftliche Abteilung.

a) **Arbeitsuchende:** Aufseher, verh., Hofmeister, verh., Geschirrführer, verh., Brennereigehilfen, led., Schweizer, led., Schweizer, verh.

b) **Offene Stellen:** Betriebsleiter, led.

Gewerbliche Abteilung.

a) **Arbeitsuchende:** Arbeiter, Klempner, Buchhalter und Kontoristen, Chauffeure, Lithograph, Sattler, Schriftsetz, Tischler

b) **Offene Stellen:** Friseur, Heizungsmonteure, Klempner und Installateure, Maschinenschlosser, Schneider (Großstück).

Abteilung für Lehrlinge.

a) **Stellensuchende:** (Entlass. Ostern 1923) Buchdruckerlehrling, Gärtner, Schlosser, Pferdepfleger, auch nach auswärts.

b) **Offene Stellen:** Nach Eisleben: Bäcker, Buchdrucker, Drogist, Gärtner, Holzbildhauer, Kaufmann, Klempner, Konditor, Maler, Schneider, Tischler. Nach auswärts, mit Kost u. Wohnung: Bäcker, Buchdrucker, Friseur, Maler, Schmiede, Schlosser, Tischler.

Weibliche Abteilung.

a) **Arbeitsuchende:** Arbeiterinnen, Bureaugehilfinnen, Anfängerinnen und angelernte, Krankenpflegerin, Plätterin, Lehrmädchen für Geschäft, Stützen, Wirtschafterinnen.

b) **Offene Stellen:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Mädchen für Stallarbeit, Stubenmädchen für Hotel, Stützen, tüchtige, 25—35 J., Wirtschafterin für Lehrerhaushalt aufs Land. 812

Bekanntmachung.

Milchpreisfestsetzung und Milchverbilligung.

Auf Grund des § 3 der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 30. April 1921 (RGBl. S. 498) wird für den Stadtkreis Eisleben angeordnet was folgt:

1. Der Notpreis an Vollmilch bleibt festgesetzt wie bisher. 2. Nach der letzten Marktlage darf bis auf weiteres im Kleinhandel für Vollmilch ein Preis von höchstens 140 Mk. je Liter gefordert werden. Bei direkter Abgabe vom Erzeuger an den Verbraucher ist wegen Fortfalls der hohen Transport- und Materialkosten ein Preis von höchstens 112 Mk. zulässig. 3. Der Magermilchpreis beträgt die Hälfte des Vollmilchpreises. 4. Minderbemittelte Familien mit einem Einkommen von 15 000 Mk und darunter im Monat Oktober, mit 4 und mehr Kindern unter 14 Jahren sowie Familien mit Zwillingen bei gleicher Einkommensgrenze wird pro Woche unentgeltlich verabfolgt: für Kinder unter 1 Jahre 1 Liter Vollmilch und für Kinder zwischen 1 und 2 Jahren ½ Liter Vollmilch. Die Ausgabe der Gutscheine überläßt erfolgt unter Vorlage des Lebensmittelausweis und der Lebensmittel für Monat Oktober bzw. einer entsprechenden Einkommensbescheinigung für Kunden der Verkaufsstellen 1 und 2 am Mittwoch den 29. November, für Kunden der Verkaufsstellen 2 und 7 am Donnerstag den 30. November, für Kunden der Verkaufsstellen 3, 5 und 10 am Freitag, dem 1. Dezember, und für Kunden der Verkaufsstellen 4, 6 und 8 am Sonnabend, dem 2. Dezember im Rathaus, Zimmer Nr. 5, Wirtschaftsamt. Ueber unentgeltliche Abgabe von Vollmilch an alte Leute ergeht besondere Bekanntgabe. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntgabe in Kraft.

Eisleben, den 24. November 1922

811 **Der Magistrat.**

Wittenberg

Lichtspiel-Theater

Das große Weltstadt-Programm für Montag bis Donnerstag:

„Er" steigt nach.

mit Harry Liedtke. 1823

Die Tochter des Wucherers.

Großes Zirkus- und Sittenbild in 6 Akten mit der hübschen **Lee Parry.**

Bekanntmachung.

Betr.: Erhebung d. Zählermieten.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 11. d. M. geben wir zur Kenntnis, daß die von der Uebernahme entrate Anstalt über die geschätzten Zählermieten von unseren Gemeindevertretung genehmigt worden sind.

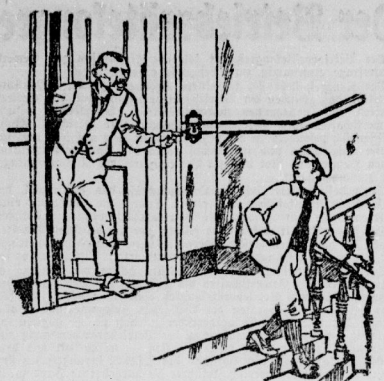
Dieselben betragen daher ab 1. 10. 1922

bis zu 3×5 Amp. = 24 Mk. monatl.
bis zu 3×10 Amp. = 36 Mk. monatl.
bis zu 3×20 Amp. = 60 Mk. monatl.
bis zu 3×50 Amp. = 72 Mk. monatl.
über 3×50 Amp. = 96 Mk. monatl.

Piesteritz, den 23. November 1922.

Der Gemeindevorsteher.

1324 Kunz.



Karl, loos schnell der Zeitungsfrau nach und sage, daß ich vom 1. Dezember an das Sinnesblatt nich mehr lese. Dann gehste gleich und bestellst den „Klassenkampf"

Wir benötigen

Altmetalle

wie Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

und zahlen höchste Preise.

Gebr. Plato

Metallwarenfabrik,

Gr. Brauhausstr. 29. 4681

Durch den unbeständigen Dollarstand bin ich nicht in der Lage, Ihnen wie bisher Preise zu nennen. 4677

Kaufe laufend zu unüberbietbaren höchsten Börsenpreisen

Gegenstände (Buch) aus

Gold — Silber

Platin

alte Gebisse

auch einzelne Zähne

Uhren

Brillanten — Bestecke

F. Backhausen,

Bülbergasse 4, 1 Treppe.

Platin- Gold- Silber- Zahngebisse Zahnarzt-Instituten **Brillanten** bezahlt stets viel Preis

Willi Mayer, Gr. Märkerstr. 3, II. l. Geöffnet 7 b. 9 Uhr. 4682

KPD.

Taschen-Kalender 1923

ist soeben erschienen

Jeder Parteigenosse muß Käufer sein.

Grundpreis ℳ 1,25 portofr. ℳ 120).

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H. Abteilung: Bez.-Zentralbuchhandl. **Halle a. d. S.,** Lerchenfeldstraße 14.

Ein großer Posten **Arbeits-Militärhosen** à 1800 Mk. und **Winteranzüge** sowie gr. Posten **Mützen** gutgeschnitten preisw. z. verk. 4680

L. Hirsch, Halle, Brüderstraße 3, am Markt.

Werbt für die Prod.-Genossenschaft.

Hochaktuell!

SPITZEL

Aus dem Inhalt:

Stützen d. Gesellschaft / Die „Ordnung" wird hergestellt. Die SPD. und d. Spitzel / Brandstifter / Schwarze Hand. Der amtliche Spitzelapparat / Weismann / Weismann-Filialen in Rußland / Techtelmechtel / Betriebsspitzel Reich illustriert Org.-Ausg. 1.20, Preis 2 Mark

In Kürze erscheint:

E. HÜLLEIN

TENO

Die Technische Nothilfe als Klassenwaffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat. / Kiesler mit den Streikbrechergarden der Klassenregierung!

Preis ca. 2 Mark

Die Schlußzahl, auf die diese Preise zu multiplizieren sind, beträgt zur Zeit für die Organisations-Ausgaben 120, für alle anderen Ausgaben 150.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Organisationen oder direkt durch den Verlag:

VEREINIGUNG INTERNATIONALER VERLAGS-ANSTALTEN G. M. B. H.

BERLIN SW 61 / PLANUFER 17

Zu beziehen durch

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.

Abt.: Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14, und deren Filialen. *968

UT Leipziger Straße 88.

WT Wintotile-Lichtspiel-Theater.

UT Alte Promenade 11a.

Einen Riesenerfolg brachten die Erstaufführungen der drei Ufa-Theater.

Luise Millerin

6 Akte n. Schillerschen Motiven „Kabale u. Liebe"

In den Hauptrollen:

Ali Dapoyer, Gertrud Meister, Reinhold Schünzel, Werner Krauß, Paul Hartmann u. a.

Eisbärenjagd im Polarmeer.

Am Rande der Großstadt.

Pack. Sittenfilm in 6 Akten nach dem Roman **„Die Maisefalle"**

Charlie Chaplin in der Groteske **Chaplin als Reporter.**

Der Wasserfloh. Lehrfilm.

Das Wunder des Schneeschuhs.

Eine Fahrt quer durchs Engadin.

Unter Mitwirkung der besten Eislaufkünstler.

Fliegende Menschen

(Der Rhön-Segelflug im Film).

Jugendliche haben an allen Vorstellungen zu keinen Preis. Zutritt. Jugendvorstellungen: Mittwoch, Sonnabend, Sonntag bei vollen Preisen.

Beginn in sämtlichen Theatern 4 Uhr. 4684

Staat-Theater.

Dienstag, 28. Novbr.: Anf. 7½, Ende 10¼ U.:

Ein Maskenball

Oper von G. Verdi.

Mittwoch: 4682

Der fliegende Holländer.

Thalia-Theater.

Dienstag, 28. Nov., abends 8 Uhr:

Bunter Abend

zum Besten der Altershilfe.

Veranstaltet v. der Genossenschaft dtsch. Bühnenangehöriger Ortsverb. Halle, Theater Halle, **Lieder, Arien, ernste und heitere Rezitationen, plastische Tänze,** Mitwirkende 4683 Mitglied des Stadttheaters u. Schülerinnen d. H. Klepperbohm — Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters zu Abendpreis d. Thaliatheater.

Geschäftsübernahme.

Gebe hiermit bekannt, daß ich das

Rohprodukten-Geschäft

der Firma Pauline Sitte übernommen habe und bitte die werte Kundschaft das der Firma Sitte entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich zu übertragen 4675

Fr. Klockow,

Mansfelder Straße 64.

Künstlerspiele Bo. Ku. Bü.

Täglich ab 5 Uhr: Jeden Abend 8 Uhr:

Das glänzende Programm!

Arb.-Sängerverein, Halle a. S. Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-V. Heute, abds., in der Pr.-Genossenschaft: Mitgl.-Versammlg.

Adolf Baer

kauft

Rohprodukte, Metalle, Alteisen, Felle, Wolle

Kutschgasse 2

Fernruf 2276.

4685

Bilanz

des Konsumvereins Teutschenthal u. Umg.

e. G. m. b. H.,

am 30. Juni 1922.

*971

Vermögensteile.	ℳ	₰	Verbindlichkeiten.	ℳ	₰
Inventar-Konto Mk. 33 388,23 Abschreib. „ 6 677,65	26710	58	Geschäftsguthaben-Konto	250267	08
Waren lt. Inventur	276583	86	Reservefonds-Konto	53942	69
Spareinlagen-Konto I	4845	77	Dispositionsfonds-Konto I	2077	67
Spareinlagen-Konto II	57	61			
Bank-Konto	35449	54	Dispositionsfonds-Konto II	5729	05
Debitoren-Konto	34234	94			
Anteil bei der Großeinkaufs-Gesellschaft in Hamburg	18067	10	Hypothekentilgungsfonds-Konto	35000	—
Anteil bei der Ueberlandzentr. Amsdorf	1200	—	Sparkassenkonto d. M.	83859	12
Anteil bei der Verlagsgesellsch. i. Hamburg	1500	—	Kautions-Konto I	11600	—
Kautions-Konto (Postamt)	1000	—	Kautions-Konto II	800	—
Giro-Konto	21815	69	Lieferanten-Konto	411365	76
Hausgrundstücks-Konto Mk. 12 636,— Abschreib. „ 636,—	12000	—	Hypotheken-Konto	50000	—
			Waren-Rabatt	333837	68
Geschirr-Konto Mk. 42 932,10 Abschreib. „ 10 733,10	32199	—	Noch zu zahlende Steuern	128062	41
Kassenbestand	3047	40	Reingewinn	83471	13
Summa	1468711	49	Summa	1468711	49

Mitgliederstand.

Bei Beginn des Geschäftsjahres am 1. Juli 1921 zählte der Verein ..... 1571 Mitglieder
Es traten hinzu ..... 214 „
1785 Mitglieder
Es schieden aus durch Aufkündigung 37
„ „ „ „ Tod ..... 16 = 53 „
Bleibt Bestand 1732 Mitglieder

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betrugen am 30. Juni 1921 ..... 176756,54 Mk.
Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betrugen am 30. Juni 1922 ..... 250267,08 „
Mithin mehr 73510,54 Mk.

Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 30. Juni 1921 ..... 314200,— Mk.
Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 30. Juni 1922 ..... 513900,— „
Mithin mehr 199400,— Mk.

Teutschenthal, den 30. August 1922.

Konsumverein Teutschenthal und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Der Vorstand.

Karl Koch. Karl Köhler. Hermann Thomas.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221127-16/fragment/page=0004

Nr. 277. — 2. Jahrg. Beilage

Klassenkampf

Halle, 27. November 1922

Halle und Saalkreis

Halle, den 27. November 1922

Aerzte und Krankenkassen

Was den Krankenkassen bevorsteht

Von der Arbeitsgemeinschaft hallischer Krankenkassen wird uns geschrieben:

Bei den Verhandlungen in Berlin wurden den Kassenärzten folgende Erhöhungen ihrer Honorare zugebilligt. Für den Monat Oktober ist unter Zugrundelegung der ab 1. April geltenden Mindestsätze das 7,7fache des sich danach ergebenden Rechnungsbetrages, also z. B. für die Beratung der Betrag von 77 Mk., für den Besuch 154 Mk. zu zahlen. Für den Monat November wird den Aerzten ein Zuschlag von 900 Prozent auf die Sätze der Gebührenordnung gewährt, für Monat Dezember steht der Erlaß einer neuen Gebührenordnung mit erhöhten Sätzen bevor. Ob und welche Teuerungszuschläge nach der Reichs-Indexziffer außerdem auf die Honorare für die Monate Oktober und November zu zahlen sind, soll den Anfang Januar stattfindenden abermaligen Beratungen vorbehalten bleiben.

Diese Neufestsetzungen schaffen für die Krankenkassen eine gefährliche Situation. Es ist bekannt, daß die Krankenkassen jetzt schon bei den Nachzahlungen für das dritte Vierteljahr in finanzielle Bedrängnis gekommen sind, und daß die meisten gezwungen waren, Millionendarlehen bei ihren Stadtverwaltungen aufzunehmen. Die neuen Erhöhungen bedeuten für Oktober eine Verdoppelung und für November und Dezember mehr als das Dreifache der Ausgaben an Arztkosten. Für die Allgemeine Ortskrankenkasse, die für den Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember mit einer Beitragseinnahme von rund 52 Millionen Mark rechnet, entsteht dadurch eine Ausgabe an Arzthonorar für den gleichen Zeitraum von rund 18 Millionen Mark. Danach fließen also jetzt rund 36 Prozent der Beitragseinnahmen den Kassenärzten zu. Bei allen übrigen hallischen Krankenkassen ergibt sich dasselbe Bild; der gesamte Geldaufwand dieser Kassen für Arzthonorar beziffert sich für das eine Vierteljahr auf 57,5 Millionen Mark. Berücksichtigt man, daß 144 Aerzte Kassenpraxis im Stadtbezirk ausüben, so entfällt auf jeden Arzt für das in Frage stehende Vierteljahr die Durchschnittssumme von 260 341 Mk. (für die Allgemeine Ortskrankenkasse 125 000 Mk.), zu welcher später noch die Teuerungszuschläge kommen.

Im dritten Vierteljahr erhielten die Kassenärzte allein von der Allgemeinen Ortskrankenkasse 6 762 000 Mk., jeder der 144 Aerzte also im Durchschnitt 47 000 Mk.; im ersten Halbjahr betrug das Gesamthonorar rund 5 Millionen Mark, auf den Kopf mithin rund 34 670 Mk. Als Jahresgesamthonorar für 1922 kämen somit bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse 29 752 000 Mk., auf den einzelnen Arzt im Durchschnitt 206 670 Mk. in Frage. Das ist das Honorar aus einer Krankenkasse. In Halle bestehen nun aber 31 Krankenkassen, die zusammen rund 100 000 Mitglieder zählen, von denen die Hälfte allein auf die Allgemeine Ortskrankenkasse entfallen. Hiernach ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Gesamtausgaben der hallischen Krankenkassen an Arzthonorar mindestens das Doppelte, also 59 504 000 Mk. betragen, und daß somit der einzelne Arzt im Durchschnitt 414 940 Mk. erhält. Dabei ist zu erwähnen, daß eine ganze Reihe von Kassenärzten die Kassenpraxis nur nebenbei und in geringem Umfang ausüben, daß danach der Durchschnitt des Jahreseinkommens für die vollbeschäftigten Kassenärzte weit höher ist, und daß neben diesem Kassenhonorar noch die jetzt nicht unerheblichen Honorare aus der Privatpraxis — besonders bei den Fachärzten — hinzutreten.

Die ungeheure Mehrbelastung wird alle Krankenkassen zu entscheidenden Maßnahmen zwingen, die sich in der Richtung der Beitragserhöhung oder Herabsetzung der Leistungen bewegen dürften und namentlich jetzt, wo sich das Gespenst der Arbeitslosigkeit und des Hungers auf den Gassen zeigt, besonders schwer empfunden werden müssen. Es kommt weiter in Betracht, daß bereits eine weitere Erhöhung der Grundlöhne auf den Betrag von 800 oder 1000 Mk. und eine Ausdehnung der Versicherungsgrenze für Angestellte auf 500 000 Mk bevorsteht. Man berechne sich bei einem solchen Grundlohn und bei einem Beitragssatz von 8 bis 10 Proz. einmal die täglichen Beiträge, die einem Arbeiter und Angestellten vom Lohneinkommen gekürzt werden müssen; sie betragen jetzt schon einschließlich Steuerabzugs nahezu **ein Viertel des gesamten täglichen Arbeitsverdienstes**, sie werden alsdann Summen erreichen, die sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Versicherten unerschwinglich werden. Dabei treiben die Krankenkassen dem sicheren Bankrott entgegen.

Zum Tode verurteilt

Vor dem hallischen Schwurgericht standen am Freitag die beiden Brüder Schaaf aus Knapendorf unter der Anklage, ihren Vater, den 45jährigen Bäckermeister Karl Schaaf ermordet zu haben. Die Verhandlung ergab, daß zwischen den beiden Eheleuten öfter Streitigkeiten stattgefunden haben. Diesem Zustande wollte die beiden ältesten Söhne, der erst 19jährige Max und der 21jährige Karl, dadurch ein Ende machen, daß sie sich entschlossen, den Vater zu beseitigen. In der Nacht zum 10. Juni haben die beiden Brüder auch die schreckliche Bluttat ausgeführt und ihren Vater im Schlafe erschossen. Noch ehe sie die Mordtat verwischen konnten durch Vortäuschung eines Raubmordes, wurden sie festgenommen. Sie leugneten die Tat nicht, nur wollten sie den Mord deshalb begangen haben, um ihre Mutter vor den Beschimpfungen und Bedrohungen des Vaters zu schützen.

Die Geschworenen sprachen beide Angeklagten des vorsätzlichen Mordes schuldig und verurteilten sie **zum Tode**.

---

* **Achtung, Marmorschleifer, Schleiferinnen und Hilfsarbeiter!** Die Sperre über die Firma Dr. Schulze Nfl. A. a. Braslaer, Poelkestraße, besteht weiter. Kollegen, übt Solidarität und meidet den Betrieb! **Ortsverwaltung des Steinarbeiterverbandes.**

* **Bezirksfrauenausschuß.** Am Dienstag dem 28. November, abends ½ Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine Sitzung statt. Alles muß zur Stelle sein.

* **Holzarbeiterverband.** Dienstag, den 28. November, abends ½8 Uhr, große Funktionärsitzung im „Volkspark". Alle Vertrauensleute, Beitragskassierer, Branchenleitungen und Verwaltungsmitglieder müssen erscheinen.

* **Die nächste Kartellsitzung** findet am Freitag, dem 1. Dezember, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" statt. Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

* **Viehzählung in Halle.** Am 1. Dezember 1922 findet im Deutschen Reich eine Viehzählung statt, die sich auf Pferde, ohne Militärpferde, Maultiere und Maulesel, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Federvieh und Bienenvölker erstreckt. Näheres an den Anschlagsäulen.

* **Wegen einer großen Anzahl von Diebstählen im Süden der Stadt** sind mehrere jugendliche Personen festgenommen worden. Sie haben aus den Siedlungsbauten Bleirohre und Hähne von den neuangelegten Leitungen gestohlen, sowie Dachrinnen und Ablaufrohre von dortigen Wohnhäusern abgerissen, zertrümmert und fallrohre von dortigen Wohnhäusern abgerissen, zertrümmert und verkauft. Unter den weiteren Tätern befinden sich auch eine Anzahl Schulknaben. Zwei Hehler sind festgestellt. — Nach Verübung von Bleirohrdiebstählen aus Abortanlagen in öffentlichen Gebäuden und Schankwirtschaften, von Dachrinnen und Abfallrohren wurden weitere sieben Personen festgenommen. Als Abnehmer und Hehler wurden vier Rohproduktenhändler festgenommen. Sämtliche Personen sind der Staatsanwaltschaft zugeführt worden.

Der „unparteiische" Schlichtungsausschuß in Halle

In der „Klassenkampf"-Ausgabe vom 5. Oktober 1922 mußten wir einmal zu den sonderbaren Methoden des Schlichtungsausschusses Halle unter dem Vorsitz des Professors Dr. Joerges Stellung nehmen, die zur Anwendung kommen, wenn in einem Streitfalle der Arbeitgeber nicht aus dem bürgerlichen Lager stammt. Der Herr Professor scheint aus unseren Darlegungen die Schlußfolgerung gezogen haben, nun erst recht jede Objektivität und unparteiische Beurteilung gegenüber der Produktiv-Genossenschaft fallen zu lassen. Dabei muß auch einmal festgestellt werden, daß die Beeinflussung des Herrn Professors auf die übrigen Mitglieder des Schlichtungsausschusses auf juristischem Gebiete nicht gering ist. Wenn wir die Vertreter der Arbeitnehmer in diesem Falle Arm in Arm mit dem Herrn Professor wandeln sehen, so kann uns diese Haltung auch nicht verwundern, genau so wenig wie die des Herrn Professors und der Arbeitgebervertreter; denn jenen Herren von der WSPD. ist die Parole: „Stets gegen die Kommunisten", heilig.

Doch kommen wir zur Sache selbst und sehen wir uns einmal den „unparteiischen" Schlichtungsausschuß im Falle Osterburg—Produktiv-Genossenschaft näher an.

Im August d. J. kam es zu Differenzen zwischen der Geschäftsleitung der Produktiv-Genossenschaft und dem technischen Personal. Es sollte bei den sozialen Beiträgen, die bisher das Unternehmen für alle Angestellten allein getragen hatte, nunmehr von den Angestellten der Teil getragen werden, der ihnen durch die gesetzlichen Bestimmungen zufällt. Die Gründe, die zu dieser Forderung führten, liegen auf der Hand. Ein Schiedsspruch, der vom Schlichtungsausschuß gefällt wurde, bestimmte, daß die sozialen Beiträge weiter zu Lasten des Arbeitgebers gehen. In dieser Frage ist später zwischen Geschäftsleitung und Personal eine Verständigung erfolgt.

Die katastrophale Lage im Zeitungsgewerbe, die unseren Lesern bekannt ist, zwang die Geschäftsleitung der Produktiv-Genossenschaft im September, einige Entlassungen in den verschiedenen Abteilungen der Genossenschaft vorzunehmen, so u. a. Maschinen- und Handsetzer, Drucker, Hilfspersonal und ein Korrektor. Die Geschäftsleitung trug dabei den Wünschen der Belegschaft Rechnung, so daß die Entlassungen nach der Beschäftigungsdauer im Betrieb erfolgen sollten. Bei den Korrektoren kam Osterburg in Frage. Der Betriebsrat stellte sich hierbei jedoch auf den Standpunkt, daß Osterburg zum alten Personal gehöre und verweigerte seine Zustimmung. Den übrigen Entlassungen stimmte er zu. Osterburg sollte deshalb zum „alten Stamm" gehören, weil er früher einmal in der Harzdruckerei tätig war. Dabei war damals schon das Arbeitsverhältnis Osterburgs zur Genossenschaftsdruckerei gelöst worden, weil Osterburg Stadtrat geworden war und als Korrektor in der Druckerei nicht mehr in Frage kommen konnte. Infolge der Hörsingschen Polizeiaktion 1921 verließ Osterburg Halle und kehrte erst im Mai 1922 zurück. Auf seine Gesuche, wie die seiner Frau, ist die Geschäftsleitung später eingegangen und stellte ihn im Mai 1922 bei der Produktiv-Genossenschaft als Korrektor ein.

Der Betriebsrat und ein Teil der Belegschaft zog daraus den Schluß, daß Osterburg zum Harzpersonal gehört. Die Produktiv-Genossenschaft, ein ganz junges Unternehmen, sollte sich nach deren Meinung den Luxus leisten können, einen Mann mit zu übernehmen, der in Wirklichkeit für das Geschäft keine Arbeitskraft war. Osterburg ging nun erneut vor den Schlichtungsausschuß und klagte wegen Maßregelung, da die Geschäftsleitung die ausgesprochene Kündigung aufrecht erhielt.

Seit dem Kündigungstage, dem 12. September d. J. bis zum 21. November haben nicht weniger als sieben Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß stattgefunden. Welche Rolle Osterburg in diesen Verhandlungen als „Kommunist" gespielt hat, ist bekannt. Wir brauchen darum nicht noch näher darauf einzugehen.

Der Schlichtungsausschuß hatte nun die Frage zu entscheiden: **gehört Osterburg zum alten oder zum neuen Personal?** Diese Entscheidung konnte nicht schwer sein.

Der Herr Professor mußte doch als Jurist von vornherein wissen, daß keine Möglichkeit bestand, Osterburg zum alten Personal zu rechnen. Trotzdem wurde die Entscheidung in die Länge gezogen. Der gesamte Schlichtungsausschuß und Osterburg arbeiteten dabei in bester Harmonie. Selbstverständlich hat es der Herr Professor nicht an Vergleichsvorschlägen fehlen lassen, die dahin gingen, daß die Produktiv-Genossenschaft Abfindungssummen in Höhe von 20 000 bis 40 000 Mark zahlen sollte. In einer der Sitzungen forderte Osterburg sogar 150 000 Mark mit der Begründung, daß er soviel Geld erhalten müsse, um sich damit eine neue Existenz gründen zu können.

Unsere Genossen werden verstehen, daß wir ihre Gelder nicht verwalten, um sie einem Osterburg zu schenken. Die Verwaltung lehnte darum auch die Vergleichsvorschläge ab.

Erwähnt sei noch, daß die Berufsorganisation, der Ortsvorstand der Buchdrucker und das Tarifschiedsgericht entschieden hatten, daß Osterburg als „gemaßregelt" zu betrachten sei, weil er vorher über die Produktiv-Genossenschaft vor dem Schlichtungsausschuß ein „obsiegendes Urteil" erreicht habe!

An der fünften Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß sollte nun die endgültige Entscheidung fallen. Osterburg aber beantragte Vertagung, weil er durch Ladung einer ganzen Reihe von Zeugen den Beweis erbringen wollte, daß er zum „alten" Personal gehöre. Die Zeugen sollten bekunden, daß Sitzungen und Besprechungen vor der Einstellung Osterburgs in die Produktiv-Genossenschaft stattgefunden hätten, worin die Einstellung Osterburgs verlangt worden sei. Nicht weniger als zehn „Beweisführungen" stellte Osterburg auf. Obgleich die Geschäftsleitung sofort auf die unwahren Behauptungen Osterburgs hinwies, war der Herr Professor doch der Meinung, daß die Zeugen geladen werden müßten, da durch ihre Aussagen die entscheidende Frage: „ob altes oder neues Personal", leichter geklärt werden könne. Der Termin wurde nun auf den 7. November vertagt.

Der 7. November brachte die Fortsetzung der vorangegangenen Verhandlungstragödie. Die Zeugen, Stadtverordneter Günther und Stadtverordneter Weber waren erschienen. Ihre Auslagen ließen die erlegenen Beweisführungen Osterburgs zusammenbrechen. Der Herr Professor machte in dieser Sitzung mehrmals die Zeugen darauf aufmerksam, daß durch ihre Aussagen die Frage: „ob altes oder neues Personal" geklärt werden müsse. In der allgemeinen Debatte überreichte die Geschäftsleitung dem Herrn Professor wunschgemäß das Urteil des Gewerbegerichts, das über die Lohnforderung Osterburgs gefällt worden war. Nach einstündiger Beratung teilte nun der Herr Professor mit, daß durch das Urteil des Gewerbegerichts der Fall in ein ganz neues Stadium getreten sei, nämlich: daß das Arbeitsverhältnis Osterburgs in der Produktiv-Genossenschaft noch fortbesteht. Der Schlichtungsausschuß könne nunmehr einen Entscheid nicht fällen, da Osterburg erst von neuem wieder gekündigt werden müsse. Der Herr Professor empfahl Osterburg hingehend alles zurückzuziehen, da er ja seine Bezahlung von der Genossenschaft weiterbekommen müsse. Die Geschäftsleitung wandte sich gegen die neue Verschleppung. Ihr Einspruch aber nutzte nichts.

Nach diesem Theater mußte die Geschäftsleitung eine neue Kündigung an Osterburg aussprechen, zu der der Betriebsrat seine Zustimmung gegeben hatte. Osterburg klagte sofort wieder wegen „Maßregelung" vor dem Schlichtungsausschuß. Die Verhandlung fand nun am 21. November statt.

Die vorangegangenen Sitzungen hatten uns schon einen genügenden Einblick über die „Objektivität" des Schlichtungsausschusses gewährt, so daß uns das „Urteil" vom 21. November nicht mehr überraschen konnte. Völlig neu war uns nur die Einstellung des Herrn Professors, der seine juristischen Ansichten dauernd änderte. Wiederum erklärte der Herr Professor, daß nunmehr die Frage: „ob altes oder neues Personal", zu entscheiden sei. Zwischendurch fehlten Vorschläge für die „Vergleichssummen" natürlich nicht. Da die Geschäftsleitung auf einem Entscheid bestand, wurde dieser nach vierstündiger Beratung gefällt. Er lautete: „Das Arbeitsverhältnis des Antragstellers ist fortgesetzt."

In der Begründung dieses Schiedsspruches stellte der Herr Professor fest, daß es sich nicht darum handele, ob Osterburg zum alten oder neuen Personal gehöre — das sei ganz nebensächlich, da die Frage so nicht gestellt werden dürfe —, sondern ob seine „Dienstjahre" in der Harzbuchdruckerei bei der Tätigkeit in der Produktiv-Genossenschaft mit in Anrechnung gebracht werden müßten!!! Der Schlichtungsausschuß habe diese Frage reiflich geprüft und bejaht. Ebenso geprüft und bejaht sei auch die Frage, ob die bisherige Arbeitszeit beim technischen Personal nicht herabgesetzt werden könne, um die Entlassung Osterburgs zu verhindern. Trotzdem die Geschäftsleitung vorher darauf hingewiesen hatte, daß es in diesem Zeitungsbetriebe unmöglich sei, die Arbeitszeit zu verkürzen, da in den Vormittagstunden fünf verschiedene Zeitungen hergestellt werden müßten, hat der Herr Professor die übrigen Mitglieder des Schlichtungsausschusses von dieser Möglichkeit „überzeugt".

Das Urteil wurde einstimmig gefällt, und zwar von dem Herrn Professor Joerges, dem Fabrikbesitzer Ernst Reinicke, Max Diedrich, dem Geschäftsführer Hermann Dietrich, dem Angestellten Karl Eichstädt, dem Lagerhalter Albin Adler und dem Angestellten Hermann Hagenbüchner.

Der Herr Professor hat vollkommen recht mit seinem Ausspruch: Der Schlichtungsausschuß **konnte** und **durfte** in diesem Falle nicht anders entscheiden. Und wenn der Professor an die Geschäftsleitung den Appell richtete, sich doch einmal in die Lage zu versetzen, wenn an unserer Stelle ein **bürgerlicher** Vertreter gestanden hätte, so wollen wir ihm in aller Oeffentlichkeit die Antwort geben: Gegen einen **bürgerlichen** Vertreter wäre eine solche Verhandlungskomödie gar nicht möglich gewesen. Professor Joerges **konnte** und **durfte** gar nicht anders urteilen, weil wir eben **kein bürgerlicher** Vertreter waren. War nun so juristisch an der Frage: „ob Osterburg zum alten oder neuen Personal gehört", kein Zweifel, so war es eben die Aufgabe des Professors, einen anderen Grund zu suchen, um den kommunistischen Gegner doch verurteilen zu können. Daß sich in diesem Bunde der gesamte Schlichtungsausschuß zusammenfand, ist nach Lage der Dinge selbstverständlich. Ein Kindskopf, der dann noch von der „Objektivität" und von der „unparteiischen" Beurteilung durch den Schlichtungsausschuß überzeugt sein will.

Nach dem Urteil des Professors soll die Arbeitszeit in unserem Betriebe einzuschränken gehen, damit Osterburg nicht entlassen zu werden braucht. Es wird sich zeigen, ob **technische** Instanzen dieses „Urteil" bejahen werden.

Durch diese **lieben** Verhandlungen war dem Schlichtungsausschuß und ganz besonders durch die Begründung des Schiedsspruchs werden unsere Genossen von der „Objektivität" eine Ueberzeugung erlangt haben, die nicht näher gekennzeichnet zu werden braucht.

Ueber den Fall Osterburg wird jetzt der Demobilmachungskommissar in Merseburg entscheiden. Warten wir ab!

Aus der Provinz

Achtung, Betriebsräte!

Ab Dienstag, den 28. November 1922, werden alle Geschäftsangelegenheiten über die Betriebsrätebewegung in Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14 II, Zimmer 9, von nachmittags 5 bis 7 Uhr, erledigt. Dort werden auch die Mitteilungsblätter und Sammellisten ausgegeben und die eingesammelten Gelder auf Listen angenommen. Die Sprechstunden werden abgehalten vom Kassierer Otto Schmidt, Halle, und von einem Mitglied des Reichsbetriebsräte-Ausschusses.

J. A.: **Fritz Müller, Wittenberg.**

Schupo in Alarmbereitschaft während der Betriebsrätekonferenz

Ein neues Heldenstückchen der VSPD.

Aus Merseburg wird uns geschrieben:

Wie jetzt erst bekanntgeworden ist, war die Merseburger Schupogarnison am letzten Sonntag während der in der „Funkenburg" tagenden **Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenz in Alarmbereitschaft** versetzt worden. Alle Schupobeamten standen unter Waffen, keiner durfte ausgehen; sie mußten auf ihren Sonntag verzichten. Ja, was war denn eigentlich los? Sollte in Merseburg die **Sowjetrepublik** errichtet werden? Den Betriebsräten in der „Funkenburg" war ja schließlich alles zuzutrauen, da es sich bei ihnen in der Mehrheit um Kommunisten handelte oder um Leute, die mit ihnen sympathisierten. Wie leicht konnte da also eine Revolution inszeniert werden. Das mußte unter allen Umständen verhindert werden. Weiter wird uns berichtet, daß von seiten der VSPD.-Leute das Gerücht ausgesprengt worden war, wonach die kommunistischen Arbeiter die von den Amsterdamern einberufene Konferenz sprengen wollten. Warum? Weil sie die Konferenz für überflüssig hielten, da die mitteldeutsche Betriebsrätekonferenz bereits acht Tage vorher stattgefunden und sich für den Reichsbetriebsrätekongreß erklärt hatte. Es war also leicht möglich, daß die bösen Kommunisten die Konferenz sprengen würden.

Schade, daß nicht schon in der Konferenz bekannt geworden war, daß die Schupo in Alarmbereitschaft stand. Das hätte einen Sturm der Entrüstung gegeben. Es entsteht nun aber die Frage, auf wessen Veranlassung die Schupo alarmiert worden war. Wir richten diese Frage besonders an die Merseburger VSPD.-Leute, die anscheinend ein gewisses Interesse daran hatten, Schutz für sich und „ihre" Konferenz zu erbitten. Wer waren also die Provokateure? Vielleicht weiß der VSPD.-Stadtrat Bauer Auskunft darüber zu geben! Wir verlangen ganz entschieden Aufklärung über diese empörende Angelegenheit und sind gespannt auf die Antwort auf unsere Anfrage. Bis dahin wollen wir uns bescheiden, bemerken aber mit noch Näherem dienen. Also heraus mit der Sprache, Ihr VSPD.-Provokateure!

Sport

Der große Konkurrenz-Ringkampf des 1. Athletenklubs „Achilles" von 1899, der gestern unter starker Beteiligung des hallischen Sports in Form eines Gala des „Kolosseum" stattfand, nahm einen äußerst günstigen Verlauf. Nicht weniger als 43 Vereine mit 277 Ringern aus ganz Deutschland nahmen an diesen Konkurrenzkämpfen teil. Diese starke Konkurrenz machte es notwendig, daß auf vier Matten zugleich gerungen werden mußte. Bereits um 9 Uhr begannen die interessanten und spannenden Kämpfe, die von den Jugendlichen im Leichtgewicht eingeleitet und am Abend mit den schwereren Kämpfen beendet wurden. Die hallischen Mannschaften haben sich im allgemeinen gut behauptet, doch gingen, wie zu erwarten war, viele gute Preise nach auswärts. Bisheres vom „Achilles" bekanntgewordene in Schwergewicht den 1. Preis. Näherer Bericht folgt noch.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221127-16/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Die Klerisei

10] Roman von Nikolaus Leskow

Hier war im Tagebuch des Vaters Samelij fast eine ganze Seite mit Tinte begossen und unter dem Fleck standen die Zeilen:

„Weder will ich diesen Fleck entfernen noch eine gewisse Ungeschicklichkeit und Monotonie des Ausdrucks, die ich in den letzten Zeilen finde, verbessern; mag alles so bleiben, denn alles, was dieser Augenblick mir geschenkt hat, ist mir in seiner gegenwärtigen Gestalt teuer. Meine Pfarrerin konnte heute von ihren Schelmereien nicht lassen, obgleich es schon auf Mitternacht geht und sie gewöhnlich um diese Zeit schon zu schlafen pflegt. Ich aber setze es vor, mich in der Stille der Nacht noch an einem passenden Buch zu erquicken, oder auch meine Memorabilien aufzuzeichnen, und oft, wenn ich etwas geschrieben habe, trete ich an ihr Lager und küsse die Schlafende, und wenn mich etwas betrübt hat, so schöpfe ich aus diesem Kusse neuen Mut und neue Kraft, und schlummere dann friedlich ein. Heut aber ist es anders gegangen. Nach diesem Tage, der mir eine solche Menge verschiedenartigster Empfindungen gebracht hat, war ich so in die Schilderung alles dessen, was auf den vorhergehenden Blättern geschrieben steht, vertieft, daß ich mein arges Weiblein gleichsam in meiner Seele selbst fühlte, und da meine Seele sie küßte, dachte ich nicht daran, an ihr Bett zu treten und sie zu küssen. Sie aber, die Feine und Argliftige, hatte diese meine Unterlassung wohl bemerkt und machte sie in unglaublich eigener Weise gut: vor einer Stunde kam sie zu mir, legte mir ein reines Schnupftuch auf den Tisch, gab mir einen Kuß und ging dann, scheinbar ganz ernst, zur Ruhe. Aber welch unfaßbare weibliche Schlauheit muß ich an ihr entdecken! Wie ich so ganz ernst dasitze und schreibe, sehe ich, daß mein Tuch sich scheinbar bewegt und auf den Boden fällt. Ich bücke mich, lege es wieder auf den Tisch und schrieb weiter; aber das Tuch fiel wieder auf den Boden. Ich nahm den Flüchtling und fesselte ihn, indem ich das Tintenfaß auf ihn stellte, aber er entwich von neuem und riß sogar das Tintenfaß mit, welches umfiel und meinen Kalender mit diesem mächtigen Fleck zierte. Was sollte nun diese Leinwandflucht bedeuten? Sie bedeutet, daß meine Pfarrerin eine ausgemachte Kokette ist, und zwar eine von ganz seltener Art, denn sie kokettiert nicht mit andern guten Leuten, sondern mit den eigenen Ehegemahl. Sie hatte an das Tuch, das sie mir gebracht, heimlich einen recht langen Faden befestigt, durch die Türritze bis zu ihrem Bette gezogen, und während sie ganz still daliegt, zupft sie scherzend an dem Faden, so daß mir das Tuch aus der Hand gleitet. Und ich dickfelliger Kerl entdecke dies nur, weil bei dem letzten Fallen des Tuches hinter der Tür ein leises fröhliches Lachen ertönte, und ich ihre nackten Füßchen stampfen hörte!"

„7. August. Die ganze vorige Nacht habe ich vor Glück nicht schlafen können, und ich lüge nicht, wenn ich hinzufüge, daß auch Natascha an dieser Nachtwache nicht unbeteiligt war. Wie die Verliebten vor St. Peter auf die Sonne warten, so saßen wir im sechsten Jahr unserer Ehe im Fenster und harrten des Sonnenaufgangs. Meine Liebste gestand mir, daß sie oft nicht schlafe, wenn ich schreibe, und sich nur schlafend stelle. Auch manches andere gestand sie mir noch; so, daß sie gestern in der Kirche, als sie meiner Predigt zuhörte, die ihr ganz besonders gefallen habe, das Gesicht abgelegt habe, zu Fuß nach Kiew zu pilgern, sobald sie sich gesegneten Leibes fühle. Ich billigte das nicht, denn eine solche Wanderung ist den Kräften einer Schwangeren gar nicht angemessen; ich erlaubte ihr aber doch, das Gelübde zu erfüllen, denn bei einer so großen Freude würde ich selbstverständlich auch mitgehen und wenn sie ermüdet, würde ich sie tragen. Wir machten gleich einen Versuch. Ich trug sie lange auf meinen Armen durch den Garten und träumte, sie wäre schon guter Hoffnung und ich beglückte sie, daß ihr auf der Wanderung kein Unfall zustoße. Und so sehr gewann dieser Sehnsuchtstraum Gewalt über mich, daß ich, als Natascha sich scherzend auf die Schaukel setzte, welche das kleine Mädchen der Küchin sich an einem Apfelbaum befestigt hatte, diese Schaukel herumschwang und sie ganz hoch in den Baum warf, damit in Zukunft nicht dergleichen geschehe, worüber Natascha sehr lachte. Allein, obgleich auch mein Leben nicht reich ist an Dingen, die sorgfältig geheimgehalten werden müssen, so ist es dennoch gut, daß der Wirt meines Hauses seinen Garten mit einem festen Zaun umgeben hat, und Gott klings diesem Zaun die Himbeersträucher recht dicht hat wachsen lassen, denn sonst hätte am Ende dieser oder jener gelegt, daß es keine Sünde wäre, den Popen Samelij einmal auch einen Hausnarr zu nennen."

„9. August. Ich notiere eine höchst erheiternde Begebenheit, wie meine Gattin heut mit dem Sohne des Diakon, einem Seminaristen der Rhetorikklasse, in richtigen Streit geriet. Das war ein Kakus und eine Komödie zugleich. Sie stritten darüber, wer der kleinste Mann auf Erden gewesen. Der Rhetor sagte: Salomo, meine Pfarrerin aber behauptete, ich sei es, und ich muß zugeben, daß diesenal der ewige König von Zion einen weit weniger standhaften Advokaten fand, als ich. O, wie bös' ich gelacht! Was nicht alles in dieser Welt passieren kann! Ich hätte das alles aus dem Schlafzimmer, wo ich meine Nachmittagsruhe hielt; als ich erwacht war, wagte ich die Disputation nicht mehr zu unterbrechen, und die zwei redeten mächtig aufeinander ein. Der Rhetor, der für die Weisheit Salomonis eintrat, berief sich auf die Worte der Schrift, daß „Salomo weiser war, denn alle Menschen", meine Ehebliebste aber schlug ihn mit folgendem Argument: „Was redst Ihr mir Euer ‚also' und ‚denn' und ‚sintemal' unter die Nase? All diese ‚denn' und ‚also' haben gar keine Bedeutung, weil das alles geschrieben wurde, bevor der Vater Samelij geboren war." Jetzt mengte sich in diesen Diskurs noch der Pfarrer von St. Nikita, Vater Zacharia Benefaktow, hinein, der dem ganzen Streite zugehört hatte, und ihn zum Schluß brachte, indem er meiner Gattin recht gab. Es sei richtig, sagte er, — will heißen, richtig in dem Sinne, daß ich damals noch nicht auf der Welt war. So behielt ein jeder von diesen drei Kritikern recht. Ich allein, dem alle ihre kritischen Meinungen zur Antikritik vorgelegt wurden, blieb im Unrecht; vorerst betrübte ich meine Natascha, indem ich ihre Meinung, ich sei der klügste von allen, verwarf, und auf ihre Frage, wer denn klüger sei als ich, antwortete, sie selber sei es. Dem ward verzweifelter Widerstand entgegengesetzt, wie er sich nur gegen die Wahrheit richten kann: „Die Klugen," — sagte sie, — „können über alle Dinge urteilen, ich aber kann das gar nicht und diskutiere niemals. Woher kommt das?" Da setzte ich sie leise an ihrem kleinen Näschen und erwiderte: „Du mißt Dich darum nicht gern in die Diskussion, weil Du statt einer widerspenstigen Nase nur dieses kleine sanftmütige Knöpfchen hast." Sie verstand wohl, was ich mit diesem Scherz sagen wollte, — nämlich ihre Herzensmilde ins rechte Licht rücken — und sie suchte nun es zu widerlegen, indem sie daran erinnerte, wie sie einmal mit der Postmeistersfrau handgemein geworden sei, um ihr ein Dienstmädchen zu entreißen, das jene unmenschlich hart strafen wollte."

„15. August. Mariä Himmelfahrt. Während ich mich so meiner Gattin freute, hatte ich gar nicht bemerkt, daß meine Predigt am Verklärungstage, von der Natascha so erbaut gewesen, auf andere Leute anders gewirkt hatte, und daß ich eine mir höchst unerwünschte Mißstimmung unter einigen Leuten in der Stadt hervorgerufen hatte. Meine andächtigen Zuhörer, natürlich nicht alle, aber einige, und unter diesen in erster Linie die Postmeisterin Timonowa, fühlen sich gekränkt, daß ich sie durch meine Anspielung auf Pizonskij herabgesetzt habe. Indessen, das sind alles nur Torheiten müßiger und unklüger Geister. Nach und nach wird das an dem Selbstgefühl der hohen Herrschaften wieder abtrocknen, wie die Wunden am Fell des Hundes."

„3. September. Ich war in einem großen Irrtum befangen. Die Angelegenheit ist keineswegs erledigt. Aus dem Konsistorium kam eine Anfrage, ob ich wirklich eine Predigt mit Hinweis auf eine lebende Person improvisiert hätte? Ach Gott, was für eine Angst hat man bei uns vor allem Lebendigen! Nun, ich habe denn auch geantwortet, ich hätte dieses und das gesagt. Ich meine, man wird mich dafür nicht hängen und mir den Kopf nichtabhauen, — und doch ist mir gegen meinen Willen unbehaglich zumute, und meine Ruhe ist hin."

„20. Oktober. Gewiß können sie einem den Kopf nicht abschlagen, aber den Mund können sie einem stopfen, und das haben sie denn auch nicht ermangelt zu tun. Am 15. September wurde ich zur Rechenschaft gezogen. Schon diese Hast ließ wenig Gutes vermuten, denn mit dem Guten haben's die Leute bei uns nicht eilig, am allerwenigsten die Machthaber. — Trotzdem machte ich mich vollen Mutes auf den Weg. Dieser wurde zuerst dadurch abgekühlt, daß ich 36 Tage ohne Bescheid blieb, und dann der Befehl kam, hinfort alles, was ich zu sagen gedenke, vorerst dem Zensor Troadij vorzulegen. Das wird niemals geschehen, lieber will ich stumm sein wie ein Fisch. Vergib mir meinen Hochmut, Allvater, aber ich kann das Amt des Predigers nicht imit kalter Leidenschaftslosigkeit ausüben. Ich fühle mitunter, wie etwas über mich kommt, wenn meine geliebte Gabe wirken will. Dann erfaßt mich eine, ich kann wohl sagen heilige Unruhe; meine Seele bebt und glüht und die Worte fallen wie feurige Kohlen von meinen Lippen. Nein, dann trägt meine Seele ihr eigenes Zensurgesetz in sich! . . . Und sie verlangen, ich soll an Stelle der lebendigen Rede, die vom Herzen zum Herzen geht, rhetorische Uebungen hervorbringen!

Nein! lieber mögt ihr euch schließen, ihr Lippen, die ihr nicht zu schmeicheln wißt, lieber sollst du schwegen, mein schlichtes Wort! Gezwungen predigen mag ich nicht."

(Fortsetzung folgt.)

Der Heimweg

Ich gehe durch die Neue Schönhauser- und Münzstraße, in der Stunde, bevor der Abend hereinbricht. Schmerzhaft nehme ich das Leben in mich auf zwischen den schmutzigen, alten Häusern unter grauem, nebligem Himmel, in den vom Regen schlammigen Straßen, Gewühl von Straßenbahnen, Lastwagen, Autos, von stumpfen, hastigen sich stoßenden Menschen, getrieben in der Maschinerie des Alltags. In den düsteren Torbögen stehen die Männer und Frauen und handeln und feilschen mit Waren; die Aermsten der Armen mit dem Hemd, das sie gestern selbst noch trugen und heute um ein Abendessen verkaufen, und die, welche die schmierige Geschäftigkeit der heutigen Zeit lernten mit den gestohlenen und verschobenen Stoffen, Anzügen und Kleidern.

Quer über den Damm fährt die Proletariermutter, blasmüde, gequält, im ärmlichen Wagen ihr Kind, aufgeschwemmt, skrofulös und unterernährt. Eigentlich ist's viel zu alt, um noch gefahren zu werden, müßte schon längst laufen, es ist aber noch viel zu schwach dazu.

An der Bordsante steht die Dirne im ärmlichen, aufgeputzten Tand, geschminkt, am Arme ihres Kavaliers. Sie winken einem vorüberfahrenden Auto und fahren ab. Heute bezahlt ja der Kavalier das Auto, morgen hat sie nicht Geld, zu essen. Aber sie verlernt längst Tiefe oder Schönheit des Lebens, Geistiges oder Seelisches zu sehen. Sie weiß nur um Schmutz, Kampf und Nahrung und dürftige Kleidung, weiß nur vom Getriebenwerden durch eine unerbittliche Maschine, wie alle Menschen hier.

Weiter geht's, zum Alexanderplatz. Rechts steht Tietz: in den Schaufenstern gestrickte Jacken zu 12 000 Mark, mollige Morgenröcke, Konservenbüchsen mit Delikatessen, Ledersessel. Wer kann das hier kaufen? Und dann, ja: diese „Kultur", sie hat Bedarf für Korsetts, „Schnürleiber" zu Tausenden von Mark, für kitschigsüßliche Bilder vom „Mutterglück" und widerliche erotische Szenen. Berge von unnützem Tand, produziert von armen Menschen, denen das Notwendigste fehlt, türmen sich in den Schaufenstern.

Drüben steht drohend das rote Riesengebäude mit seinen zahllosen Fenstern, der „Alex". Da kommen die Armen hinein, die auch einmal die Hand ausstrecken nach den schönen Dingen, die ihnen nicht „gehörten", sie, die nicht darauf achteten, daß der andere besaß, was sie begehrten. Dort kamen auch sie hinein, die mit Einsetzung ihrer Person für Befreiung und Recht kämpften, die „Politischen", und da sind die armen Frauen, die aufgegriffen werden, weil sie, um ihr Leben zu fristen, ihren Leib verkauften, ohne den gelben Schein zu haben, die „herumtreiberinnen". Und in diesem grausamen, roten Steinbau sitzen sie drin, die vielen bunten Beamten, denen längst ihr Menschentum verloren ging, die nur noch wissen von Paragraphen, Vergehen, „Personen". Hunderte „regieren" hier und fristen ihr Leben von den Groschen, die denen entzogen werden, die für die Allgemeinheit produktive Arbeit leisten.

Mit der Untergrundbahn fahre ich nach Hause. Und da im Wagen steht eine Vision vor mir, hebt sich ab draußen von der dunklen Wand, die schwarz am Fenster vorbeifliegt, recht sich auf aus dem Gelände am Gleisdreieck, der Verkörperung der heutigen Arbeit mit seinen Schienengleisen, rollenden Wagen, Rauch und Ruß, schaffenden Menschen, vielfarbigen Lichtern und Maschinen. Wie könnte dies alles ganz anders sein. Wie licht und rein, gesund und froh. Ein weites Stadt-Land könnte über der Erde liegen mit reinlichen, wohnlichen Häusern inmitten von blühenden Gärten. Ein jeder Mensch könnte gesund an Leib und Seele mit den Seinen in so einem friedlichen Haus wohnen. Und Herr könnte der Mensch sein über die Maschine, anstatt sich als Sklave unter ihr Joch zu beugen. Nicht brauchte er zu schuften tagaus, tagein viele Stunden, so daß er verlernte, was Muse und Frieden ist. Wenige Stunden am Tage genügten, wenn er die Maschine bis zu ihren letzten Möglichkeiten ausbaute, die Kraft der Elektrizität bis zum äußersten benutzte, um durch Arbeit der Allgemeinheit für die Allgemeinheit alles, was ein jeder braucht an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Mittel für Geist und Luxus, zu beschaffen. Auf kleinstem Raume würde der Mensch bei intensivstem Acker- und Gartenbau mit Hilfe aller technischen Mittel all seine Nahrung in verschwenderischer Fülle bauen. In leichter, spielender Arbeit könnte er mit der Maschine alle Artikel des Gebrauchs herstellen. Die Frau brauchte nicht mehr im kleinen Haushalt zu frohnen, Sklave all dieser kleinlichen, mühevollen, schmutzigen Arbeit zu sein. Der Großhaushalt würde jedem das behaglichste Heim mit allen nur erdenklichen Bequemlichkeiten geben.

Ja, wann endlich wird der arbeitende Mensch dem Kapitalismus die Gefolgschaft kündigen, den Nationalismus durch Internationalität ersetzen, den Individualismus durch den Kommunismus ablösen? Wann endlich wird der Mensch den „Heimweg" finden?

E. B. K.

Dr. Iwan Bloch †. Der bekannte Berliner Arzt und Sexualforscher von Weltruf, Dr. Iwan Bloch, ist jetzt kurz vor Vollendung seines 50. Lebensjahres an den Folgen einer Blutvergiftung, die er sich vor einigen Monaten bei der Behandlung eines an Grippe Erkrankten zuzog, gestorben.

Konfirmation — Jugendweihe — Jugendfeier

Von R. Hartig

Der gedankenlose Mensch ist der Sklave seiner Umgebung und der Anschauungen dieser meist ebenso gedankenlosen Umgebung. Nur der allzeit kritisch musternde Mensch erwirbt sich die Fähigkeit, gewissen eingebürgerten Formen des Lebens auf den Grund zu kommen und ihren Unwert, ja ihre Sinnlosigkeit zu erkennen.

Die kirchliche Konfirmation. Welches Geräusch wird um sie gemacht? Familienfest, Kinderfest, Kleider, Blumen, Photographieren, Einladung der ganzen Verwandtschaft — Schwur des Kindes auf die Lehren der Kirche, Staat und anderes mehr —!

Und was ist sie? Die Eingeweihten wissen: Sie ist die von der protestantischen, evangelischen Kirche übernommene Firmung der katholischen Kirche. Firmung ist die Salbung der Stirne des älteren Kindes (über 7 Jahre, heute über 12 Jahre) durch den Bischof, ein Sakrament, „da soden heiligen Geist über das Kind herabrufen soll, damit es seinen Glauben standhaft bekenne und ihm getreu nach lebe". Luther, der Gründer der protestantischen Kirche, lehnte sie heftig ab, nennt sie „Affenspiel, Lügenfand", Calvin „Komödienspiel". Die protestantische Kirche mußte infolgedessen sie ebenso ablehnen und hätte aus Wesensgründen nichts Aehnliches an ihre Stelle setzen können. Aber trotzdem in Konzession an den älteren Brauch bürgerte sie sich als „Bestätigung" der Taufe ein. Nach und nach, in einzelnen Staaten Deutschlands ziemlich spät: in Hamburg 1832, in Sachsen nicht viel früher. Sie, die Konfirmation, wird eine Veranstaltung mit großem äußerem Gepränge. Das Gepränge, das Aeußere wird Hauptsache. Nebergall, der protestantische Theologieprofessor, nennt sie „eine Gelegenheit, Staat zu machen, eine Reihe gesellschaftlicher Verpflichtungen zu erledigen und sich als Eltern erwachsener Kinder aufzuspielen". Sie wird (mit Bezug auf die Unmöglichkeit, daß Kinder den abstrakten Inhalt des Bekenntnisses fassen können) eine Unwahrhaftigkeit, eine leere Form — eine (pädagogisch betrachtet) Sünde am Geist des Kindes —, vom proletarischen Standpunkt aus betrachtet, eines der Mittel, mit denen die Kirche, dieser Hort der Reaktion, ihre Herrschaft über die Menschen befestigt.

Je mehr sich nun die Abwendung der Arbeiterschaft von der Kirche vollzieht, desto mehr glaubte man einen Ersatz für die Konfirmationsfeier schaffen zu müssen. Man glaubte sich mit einer klanglosen Ueberleitung des Kindes aus der Schulzeit in das Leben der Arbeit nicht abfinden zu können und kam zur Jugendweihe.

Jugendweihe . . . es ist ein unglücklich gewähltes Wort, es ist eine Konzession an den Ersatzgedanken, es ist von den tatsächlichen Verhältnissen aus betrachtet, ein unrichtiger Ausdruck für eine nicht vorhandene Sache. Denn, wo wird bei Gelegenheit des Eintritts des Kindes in das Leben der Arbeit heute etwas geweiht?

Gewiß, der Uebertritt in das neue noch schwerere Leben ist ein wichtiges, wohl durch besondere Veranstaltung hervorzuhebendes Ereignis. Und es ist durchaus richtig und kommunistisch, dies in Form einer Feier zu tun. Aber diese Feier darf kein unwahrhaftiges Moment enthalten, sie darf auch nicht in irgendwelcher Weise ein Zugeständnis — weder in Form noch Inhalt — an den Ersatzgedanken sein.

Die bisherigen Jugendweihen waren nichts anderes. Da gab es Rührseligkeit, Sentimentalität. Chöre: „Wie's daheim war" und „Hab' Sonne im Herzen und alles ist gut". Gelübde, die die Kinder in die Hand eines Weiheredners ablegen mußten, deren abstrakte Inhalte sie auch nicht fassen konnten. Harmoniumspiel mit ja recht kirchlich anmutenden Klängen. Da war der ganze Tag ebenso wie bei der Konfirmationsfeier vielfach nur Gelegenheit zu unverhältnismäßig hohen Ausgaben. Gerade für diesen Tag mußten neue Kleider, neue Schuhe beschafft werden. Da mußte der ärmliche proletarische Haushalt wochenlang auf die hohen Ausgaben eingestellt werden — — Und all das erfuhr keine Aenderung, weil die Jugendweihe auf den Ersatzgedanken geprägt war und man nicht alles darauf anlegte, den vom proletarischen Standpunkt aus erstrebenswerten Inhalt des Ereignisses in den Mittelpunkt zu rücken. Die Jugendweihe war ein Surrogat, kein grundsätzlich neues. Sie wurde weder dem Kind noch den tatsächlichen Verhältnissen gerecht. Sie wurde vielfach von den noch kleinbürgerlich eingestellten Erwachsenen aus gesehen veranstaltet, und der Gedanke einer neuen kämpferischen, vom Willen zur Gemeinschaft beseelten Jugend machte sich sehr wenig geltend. Sie war eine Sache jenes grundsätzlich falschen Gedankens der Jugendpflege, der Leitung der Jugend von oben her und nicht jene der Selbstbestimmung. (Wo griffen z. B. die Jugendlichen — seien es Kindergruppen oder Jugendorganisationen oder die Schulentlassenen selbst — in das Programm einer Jugendweihe tätig, mitschaffend, helfend ein??) Und wo wurde in „Vorbereitungskursen" der proletarische Charakter der heute aus dem Zwang der Volksschule in den Zwang der Arbeit hinüberwechselnden Jugendlichen in den Mittelpunkt gestellt? Und weiter: Genügt es, den Jugendlichen eine Weihe zu geben als Abschluß einer Periode, die nur unangenehm empfunden wurde, oder ist es nicht vielmehr nötig, ihnen als selbst erkanntes Ergebnis der „Vorbereitungskurse", der Feier selbst den Ort zu zeigen, an dem sie sich von nun an zur lebendigen reinen Gemeinschaft versammeln können und sollen, die proletarischen Jugendorganisationen? —

Aus all diesen Erwägungen und ungelösten Fragen heraus haben sich die Kommunistischen Kindergruppen und die Kommunistische Jugend Deutschlands auf den Standpunkt gestellt, es müsse der Charakter der bisherigen Jugendweihen grundsätzlich geändert werden, und so lange dies nicht der Fall sei, von Kindergruppen und Jugend aus eigene Jugendfeiern in die Wege geleitet werden. Sie sind der Auffassung: die tatsächlichen Verhältnisse liegen so, daß die jugendlichen Proletarier aus den Reihen der Kinder in die Reihen der jugendlichen Arbeiter eintreten und so sich von selbst die revolutionäre, reine proletarische Gestaltung der Feiern ergeben müsse.

Fort also mit dem Ersatzgedanken! Fort mit unwahrer, rührseliger Stimmung, fort mit allen sogenannten nicht wirklich künstlerischen Mitteln, die nur verschleiernd wirken, statt zu klären und so zu erheben! Wir wollen den Jugendlichen das wahre Gesicht ihrer bisherigen früheren Lage zeigen, wir können dabei nicht Halt machen vor der Aufzeigung der doch tatsächlich vorhandenen Gegensätze der Klassen, wir wollen ihnen aber auch den Weg zeigen, dessen Richtigkeit sie dann im Arbeitsprozeß, um ihre winzigen Rechte kämpfend, erleben werden.

Wir wollen ihnen nichts lehren — zu genau wissen wir, daß Vermittlung abstrakter Begriffe keine Vereicherung des Bewußtseins und des Erlebens ist — sondern wir wollen in ihnen das Gefühl brüderlicher Gemeinschaft mit Erwachsenen, Jugend und Kindern erstehen lassen, die Jugendfeier selbst sie nicht mehr als ein Punkt in jenem Strom gemeinsamen Lebens, Arbeitens, Spielens und Kämpfens, der uns alle umschließt. Und dann, als Zusammenklang dieses Seins und Werdens, wird ihnen die unauslöschliche Erkenntnis aufgehen: daß nur der Kampf und die Arbeit für den Sozialismus und Kommunismus Lebensinhalt des heutigen Menschen sein kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192211 27-16/fragment/page=0006